

Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa!

Europawahlprogramm 2009 der Partei DIE LINKE

Beschluss des Europaparteitages

Essen, 28.02.2009

Unser Ziel ist, dass alle Menschen in Würde selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben können – in Europa und weltweit. Deshalb setzt sich DIE LINKE vor allem für soziale Gerechtigkeit, den weltweiten Frieden und die demokratische Teilhabe der Menschen ein. Die herrschende Politik der Europäischen Union (EU) agiert in die entgegengesetzte Richtung. Anstatt durch zivile Krisen- und Konfliktprävention Kriege und weltweit wachsende Kriegsgefahren einzudämmen, Armut und ihre Ursachen, Klimawandel und Umweltzerstörung global zu bekämpfen, rüsten EU-Mitgliedstaaten auf, um auf die zwangsläufigen Konsequenzen ihrer auf Ausbeutung, unfairen Handelsbeziehungen und Umweltzerstörung beruhenden Wirtschaftspolitik mit militärischen Mitteln zu reagieren. Diese Politik sollte im Vertrag von Lissabon verankert werden. Deshalb bekräftigt DIE LINKE ihr NEIN zu diesem Vertrag.

Krieg darf kein Mittel der Politik sein. DIE LINKE will eine europäische Verfassung, die sich eindeutig auf die Sicherung des Friedens, zivile Konfliktlösungen und Abrüstung verpflichtet, eine Verfassung, die Demokratie und Menschenrechte für alle verankert, eine Verfassung, die Umwelt und Kultur schützt, eine Verfassung, die keine ordnungspolitischen Festlegungen zur Wirtschaftsweise der EU vornimmt und die soziale Rechte verankert, um Armut und Ausgrenzung zu verhindern. Wir wenden uns gegen alle Versuche von Rechts, die Schlussfolgerungen für Frieden und Völkerverständigung in Europa rückgängig zu machen, die aus zwei Weltkriegen und Faschismus gezogen wurden. Wir wenden uns besonders gegen Ansprüche auf Eigentum und Gebiete in Osteuropa sowie gegen Geschichtsrevisionismus, wie von Vertriebenenverbänden betrieben. Faschistische Parteien sind überall in der EU zu verbieten.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) bieten den Bürgerinnen und Bürgern in der EU die Chance, auf die Zusammensetzung des EP Einfluss zu nehmen und die bisherige neoliberale Mehrheit abzuwählen. Damit allein ist zwar die gegenwärtige, gegen die Interessen der Mehrheit der Menschen in der Europäischen Union gerichtete EU-Politik nicht zu überwinden, aber es wäre eine notwendige Bedingung für ein anderes, soziales, friedliches, nachhaltig orientiertes und feministisches Europa. Für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, denen Volksentscheide vorenthalten werden, sind die Wahlen zum Europäischen Parlament die einzige Möglichkeit, auf parlamentarischem Weg Einfluss auf EU-Politik zu nehmen.

Die Europawahlen finden mitten in der schwersten globalen Wirtschaftskrise seit 80 Jahren und einer tiefen Krise der Demokratie der Europäischen Union statt. Arbeitsplätze, Einkommen und Wohlstand in Europa sind in Gefahr, Millionen Bürgerinnen und Bürger leben in großer Sorge um die Zukunft. Die Politik der Wirtschaftsfreiheiten und des freien Wettbewerbs, der unkontrollierten Finanzströme, der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist gescheitert. Wirtschaftskrise und weltweite militärische Interventionen sind zwei Seiten neoliberaler Politik. Der Vertrag von Lissabon soll diese fatale Politik fortsetzen. Die Europäische Union braucht einen politischen Wechsel, damit Europa eine soziale und demokratische, eine bessere und friedliche Zukunft hat.

- Für die größte globale Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Europäische Union mitverantwortlich: Die Enteignung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der sozial Benachteiligten hat immer mehr Kapital auf die internationalen Finanzmärkte gespült. Die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte war auch ein Projekt europäischer Regierungen.
- Die Wirtschaftskrise offenbart die Grenzen der europäischen Kooperation. Für die Wirtschaftspolitik existiert in der EU lediglich ein Konsultationsmechanismus. Im Ergebnis führt dies zu wachsenden Gegensätzen zwischen den Mitgliedstaaten, da ihre verschiedenen

wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht aufeinander abgestimmt sind und sich sogar oft widersprechen. Nur mit koordinierten Struktur- und Investitionsprogrammen sind Arbeitsplätze, Einkommen und soziale Sicherheit für Millionen von europäischen Erwerbstätigen und Familien nachhaltig zu schützen. Europa braucht eine europäische Wirtschaftsregierung, die auf Beschäftigung, sozialen Zusammenhalt und nachhaltiges Wirtschaften orientiert.

- Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht deutlich, dass einschneidende Veränderungen der globalen Finanz- und Wirtschaftsregeln erforderlich sind. Die Banken müssen sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren: die Finanzierung von Investitionen. Das europäische Banken- und Finanzsystem sowie Unternehmen und Industrien, die Politik und Wirtschaft beherrschen, gehören dauerhaft unter gesellschaftliche Kontrolle. Wir brauchen ein neues internationales Währungsregime zur Regulierung der Wechselkurse und Kapitalverkehrskontrollen, um eine demokratische Wirtschaftspolitik im Interesse der Allgemeinheit durchzusetzen. Europa muss seinen Einfluss für eine neue globale Finanz- und Wirtschaftsordnung und gegen das Spekulations-Casino nutzen.
- Die Wirtschaftskrise vertieft den Geschlechterwiderspruch. Bereits die neoliberale Privatisierungspolitik der EU hatte ehemals gesellschaftliche Bereiche der Daseinsvorsorge dem Markt anheimgegeben und privatisiert, wodurch die entsprechenden Aufgaben von den Familien übernommen werden mussten – und zwar ganz überwiegend von den Frauen, bilden diese doch die große Mehrheit derjenigen, die Kinder betreuen, Alte begleiten, Kranke pflegen. Durch die Krise nun erfährt diese ungleiche Lastenverteilung unter den Geschlechtern einen neuen Schub. Jetzt kommen neben den Leiharbeitenden zuerst Minijobber und prekär Beschäftigte in eine noch schwierigere Lage. In ihrer erdrückenden Mehrheit sind das Frauen. Jetzt nimmt unter Armen die Not zu, auch in Pflege, Erziehung, Gesundheitsversorgung, selbst Ernährung. Sie muss ganz überwiegend von Frauen aufgefangen werden. Es konkurrieren inländische und ausländische, männliche und weibliche Erwerbsarbeitende um die knapper werdenden Arbeitsplätze, am verletzlichsten sind hierbei Migranten und Frauen.
- Die Wirtschaftskrise fällt zusammen mit Herausforderungen, die Leben in Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit weltweit bedrohen. Die Krise trifft vor allem ärmere Menschen und Regionen. Die globalen Aufgaben in der Klima- und Energiepolitik haben sich mit der Wirtschaftskrise nicht erledigt. Sie müssen gegen die kurzfristigen Renditeinteressen von Banken, Fonds und Konzernen durchgesetzt werden. Dies erfordert große Anstrengungen für gemeinsame Investitionen in die Energiewende. Europa und die europäischen Staaten tragen eine besondere Verantwortung, ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften im globalen Maßstab zu fördern.
- Die Wirtschaftskrise fällt zusammen mit einem beängstigenden Erstarren neofaschistischer Kräfte in Mitgliedsländern der EU und mit Kriegen weltweit. Krise, nationalistische Tendenzen und Krieg sind eine unheilvolle Verbindung. Der Kampf um die knappen Naturressourcen, um Öl, Gas und Wasser, um Handelswege und Absatzgebiete, um geopolitische Machtpositionen, ist die Ursache für die Kriege in Afghanistan und im Irak, für Bürgerkriege und die hochexplosive Lage im Nahen Osten und auch im Kaukasus. Auch in Europa wachsen nach dem Jugoslawienkrieg erneut Spannungen. Konflikte um das Kosovo, um die Ukraine und Georgien, die geplante US-Raketenstationierung in Polen und Tschechien, die NATO-Erweiterung sind Ausdruck dieser bedrohlichen Entwicklung. Die EU führt Militäreinsätze durch, darunter auch Kampfeinsätze. Europäische Staaten sind an Kriegen beteiligt. Es ist dringend nötig, das Völkerrecht zu verteidigen und Krieg als Mittel der Politik dauerhaft vom europäischen Kontinent und aus der europäischen Politik zu verbannen. Genauso wichtig ist es, den neofaschistischen Kräften in Mitgliedsländern der EU zwingend Einhalt zu gebieten.

Die Regierungen der EU-Staaten haben die Begeisterung vieler Bürgerinnen und Bürger für Europa auf lange Zeit verspielt. Im Wettlauf um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialausgaben haben sie den nationalen Standortwettbewerb gefördert, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der europäischen Staaten gegeneinander ausgespielt. Die Verlockung, die Krise auf

den europäischen Nachbarn abzuwälzen, ist groß. Die Europäische Zentralbank (EZB) muss demokratisch kontrolliert und ihr Wirken neben Preisstabilität auch auf Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.

Die Europäische Union hat bisher darauf verzichtet, die politischen Instrumente zu schaffen, um auf globale Krisen der Wirtschaft, der Energie- und Lebensmittelversorgung sowie auf Klima- veränderungen angemessen zu reagieren. Die Europäische Union, die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof sind bislang auf eine Politik festgelegt, die zu den Ursachen dieser Krisen zählt: Durchsetzung der europäischen Wirtschaftsfreiheiten, der Dienstleistungs- und Kapitalfreiheiten, Durchsetzung von Entstaatlichung, Privatisierung und Deregulierung. Die seit der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 sowie dem Vertrag von Maastricht 1992 in der EU vorherrschende Politik trug maßgeblich dazu bei, die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise zu fördern und die Demokratie den Finanzmärkten auszuliefern.

Die Bürgerinnen und Bürger werden für Spekulationsverluste und falsche Managementent- scheidungen von Banken, Fonds und Unternehmen in Anspruch genommen, ohne angemesse- ne Einflussmöglichkeiten auf die zukünftige Unternehmenspolitik und ohne angemessene Haf- tung derjenigen, die zuvor von Deregulierung, Privatisierung und Umverteilung profitiert haben. Diese Politik ist nicht neu. Bereits in der europäischen Finanzkrise von 1857 wurden so Banken gerettet: „Mit anderen Worten, das Vermögen der gesamten Gesellschaft, welche die Regierung vertritt, hat die Verluste der privaten Kapitalisten zu vergüten. Diese Art Kommunismus, wo die Gegenseitigkeit völlig einseitig ist, erscheint den europäischen Kapitalisten ziemlich anziehend.“ (Karl Marx 1857)

Das muss sich ändern. Statt die Folgen der Finanzmarktkrise vom normalen Steuerzahler be- zahlen zu lassen, müssen für die Zeche diejenigen aufkommen, die zuvor von der Umverteil- ungs politik von unten nach oben profitiert haben. Zum Beispiel sollten sie künftig europaweit eine Millionärsabgabe entrichten. Die Europäische Union braucht demokratisch legitimierte Me- chanismen für eine europäische Wirtschafts- und Industriepolitik.

Wer andere, am europäischen Allgemeinwohl und den Interessen der Arbeitnehmer und Arbeit- nehmerinnen orientierte Regeln will, muss die herrschende Politik in der EU abwählen. Bei den Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden ist dies bereits geschehen. Der anschließende Vertrag von Lissabon wurde nur noch den Parlamenten vorgelegt – mit einer Ausnahme: In Irland verlangt die Verfassung eine Volksabstimmung. Auch dort stimmte eine Mehrheit dagegen, womit erneut die Legitimationskrise der Demokratie in der Europäischen Union offenbart wurde.

DIE LINKE hat als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien gegen den Vertrag von Lis- sabon wie gegen den vorherigen Verfassungsentwurf gestimmt.

Unsere Ablehnung des Vertrages richtete und richtet sich weiterhin vor allem gegen die in die- sem Vertragstext enthaltenen Aussagen zur Militarisierung der EU-Sicherheits- und Verteidi- gungspolitik, gegen die Grundausrichtung der EU an den Maßstäben neoliberaler Politik und gegen den Verzicht auf eine Sozialstaatsklausel, ohne die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf tönernen Füßen stehen, gegen die angestrebte Art der verstärkten Zusammenarbeit der Polizei- und Sicherheitsdienste sowie gegen das weiter bestehende Demokratiedefizit in der EU und ihren Institutionen. DIE LINKE hat sich entschieden dagegen gewandt, dass der Vertrag von Lissabon an den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedstaaten und an den Parlamenten vorbei ausgehandelt und ohne Volksabstimmungen in den Mitgliedstaaten ratifiziert wurde.

Wir bleiben dabei: Europa braucht ein Verfassungswerk, über das alle Bürgerinnen und Bürger in der Union am selben Tag abstimmen können. Das ist die unverzichtbare Voraussetzung für die demokratische Neubegründung der Europäischen Union. Das Europäische Parlament muss nach unserer Auffassung in der neuen Wahlperiode die Initiative für einen neuen Verfassungs- prozess ergreifen. Als einziges von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union ge- wähltes Gremium sollte es Vorschläge für die Art und Weise der Erarbeitung eines europäi-

schen Verfassungsdokuments unterbreiten und damit die Grundlage für einen demokratischen Prozess legen, an dem alle in den EU-Mitgliedstaaten lebenden Menschen beteiligt sind.

Gemeinsam mit anderen linken Parteien steht DIE LINKE für einen Politikwechsel in Europa, der die europäische Integration auf ein neues Fundament stellen soll. Wir wollen eine andere, eine bessere EU!

- Wir wollen eine friedliche Europäische Union, die im Sinne der Charta der Vereinten Nationen Krieg ächtet, die strukturell nicht angriffsfähig, frei von Massenvernichtungswaffen ist und sowohl auf den Ausbau militärischer Stärke als auch auf eine weltweite militärische Einsatzfähigkeit verzichtet. Wir setzen auf Abrüstung, zivile Kooperation und die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten.
- Wir wollen eine Europäische Union ohne Ausgrenzung und Armut, ohne wachsende soziale Spaltung, eine EU, in der gut entlohnte und sozial abgesicherte Arbeit und ein Leben in Würde für alle gesichert sind. Wir stehen für die Gestaltung der europäischen Politik nach sozialstaatlichen Grundsätzen.
- Wir wollen eine Wirtschaftspolitik der Europäischen Union, die den sozialen Fortschritt und den ökologischen Strukturwandel befördert. Notwendig sind dafür mehr öffentliche Investitionen und eine Stärkung der Binnenwirtschaft. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.
- Wir wollen eine Europäische Union, die sich weltweit dafür einsetzt, dass die Finanzmärkte einer strikten Kontrolle unterworfen werden, damit sie wieder dem Allgemeininteresse und nicht länger der Spekulation dienen. Staatliche Hilfe für in Not geratene Banken darf nur gewährt werden, wenn die öffentliche Hand dafür im Gegenzug Eigentümerin wird.
- Wir wollen eine Europäische Union mit einem starken Europäischen Parlament und transparenten Entscheidungsprozessen in allen europäischen Institutionen und mehr unmittelbarer Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. In der europäischen Politik müssen die Menschenrechte und die Grundfreiheiten, die zur gemeinsamen Verfassungstradition gehören, Vorrang vor dem Marktradikalismus bekommen.
- Wir wollen eine Europäische Union, in der Frauen und Männer wirklich gleichberechtigt sind und die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität ausgeschlossen ist. Wir wollen, dass Frauen endlich die gleichen Möglichkeiten in Beruf und Gesellschaft haben wie Männer. Dies erfordert gesetzliche Maßnahmen, beispielsweise um Kinderbetreuung zu sichern und Lohndiskriminierung zu bekämpfen. Mit Alters- und Frauenarmut darf man sich nicht abfinden.
- Wir wollen eine solidarische Erweiterung der Europäischen Union, in der alle Fragen – insbesondere die Förder- und Investitionspolitik – so behandelt werden, dass die Regionen partnerschaftlich kooperieren und die Verbesserung von Arbeits- und Lebensverhältnissen im Vordergrund steht. Der EU-Haushalt muss entsprechend aufgestockt werden.
- Wir wollen eine Europäische Union, in der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit garantiert sind und die Bekämpfung von Kriminalität nicht zulasten der Grund- und Menschenrechte geht. Das Grundrecht auf Asyl ist zu garantieren. Neofaschismus, Fremdenhass, Rassismus, religiöser Fundamentalismus, Sexismus und Homophobie müssen europaweit geächtet werden.
- Wir wollen eine Europäische Union, die als Teil der einen Welt gleichberechtigte internationale Beziehungen fördert, eine solidarische Weltwirtschaft anstrebt und ihrer Verantwortung zur Lösung der globalen Probleme gerecht wird.

DIE LINKE ist Teil der Partei der Europäischen Linken (EL). Ihre politischen Linien für Europa hat die EL in einer gemeinsamen Wahlplattform zusammengefasst, mit der über 400.000 Mitglieder in den Wahlkampf gehen. Den politischen Aussagen und Forderungen der Wahlplattform sind wir im Wahlkampf wie in der Arbeit im neuen Europäischen Parlament verpflichtet. Damit ist ein Grundstein für die Arbeit einer gemeinsamen linken Fraktion im EP gelegt. Wir setzen weiter auf die Zusammenarbeit und die politische Kompetenz von linken Kräften über die EL hinaus, mit denen wir die erfolgreiche Arbeit in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) fortsetzen wollen.

DIE LINKE will ein Europa der Menschen und nicht der Konzerne. Sie kämpft für ein Europa ohne Armut und Ausgrenzung, ein Europa, das frei von Ausbeutung und Unterdrückung ist und in dem soziale und demokratische Menschenrechte verwirklicht werden. Wir setzen uns ein für eine EU, die ein europäisches Sozialmodell vertraglich verankert und für internationale Zusammenarbeit und Solidarität in einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die Hunger überwindet und die nachhaltige Entwicklung aller Länder fördert. Wir wollen ein Europa, in dem soziale Perspektiven wichtiger sind als Renditeprozente, eine Wirtschaft, die nicht vom Profitstreben, sondern vom Bedarf geleitet wird. Der Kapitalismus muss überwunden werden. Wir wollen die Diktatur der Finanzmärkte durch eine demokratische Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse ersetzen.

DIE LINKE steht und handelt in der Tradition eines Europas, das über viele Generationen hinweg für die Überwindung nationalstaatlichen Vormachtstrebens, kriegerischer Auseinandersetzungen und nationaler Überheblichkeiten, für Gleichberechtigung, Verständigung und kulturelle Vielfalt stand und steht.

Gemeinsam für den Wechsel in Europa!

I. Für eine soziale und ökologische Europäische Union

Wir stehen für eine gerechte und solidarische Wirtschaftspolitik, die den Menschen dient und die Umwelt bewahrt. Die Kluft zwischen Arm und Reich muss überwunden werden. Öffentliche Dienstleistungen müssen für alle zugänglich und erschwinglich sein.

Sozial-ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Entwicklung sind kein Widerspruch. Ökologisch nachhaltiges Wirtschaften erfordert öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung, in Bildung und eine starke europäische Binnennachfrage. Leistungsfähige soziale Sicherungssysteme sind auch eine Voraussetzung für den ökologischen Umbau der Gesellschaft.

Die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erwartet, dass die Politik der Europäischen Union ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert. Doch die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik der EU wird durch das Profitstreben der Konzerne, Banken und Finanzfonds bestimmt. Dies muss beendet werden.

Wirtschaft für alle

Die EU verfügt über einen der größten Binnenmärkte der Erde. Der Anteil der Im- und Exporte am Bruttoinlandsprodukt der EU-27 beträgt nur knapp zehn Prozent. 90 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung finden also in der großen EU-Binnenwirtschaft statt. Die Orientierung des EU-Vertrages und der europäischen Wirtschaftspolitik auf „globale Wettbewerbsfähigkeit“ ist vor diesem Hintergrund weder ökonomisch stichhaltig noch gesellschaftspolitisch sinnvoll. Die EU muss deshalb ihre einseitige Fixierung auf Exportsteigerung aufgeben und eine nachhaltige, sozial-ökologische Gestaltung der europäischen Binnenwirtschaft und die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe zum Kern ihrer Wirtschafts- und Strukturpolitik machen. So kann sich die EU aus der neoliberalen Globalisierungsfalle herauswinden und dabei gleichzeitig zu einem attraktiven Entwicklungsmodell in der Welt werden.

Die im Jahr 2000 verabschiedete und 2005 „erneuerte“ Lissabon-Strategie soll die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt machen. Damit wurden ein gnadenloser Kostensenkungswettbewerb und Standortwettbewerb sowohl innerhalb der EU als auch in der Weltwirtschaft verschärft. Dies führte in der EU bis zur Wirtschaftskrise 2008 zu einer Explosion der Unternehmensgewinne und einem drastischen Rückgang der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, einer wachsenden Ungleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen, dem Wachstum von prekärer Beschäftigung und Armut sowie wachsenden Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft. 2010 wird die EU eine abschließende Bilanz ihrer Lissabon-Strategie vorzulegen haben. Das völlige Scheitern dieser Strategie ist schon jetzt offenkundig.

DIE LINKE fordert deshalb, die neoliberale Lissabon-Strategie durch eine neue, integrierte EU-Strategie für Solidarität, nachhaltige Entwicklung und soziale Integration abzulösen. Sie soll die bisher getrennt behandelten EU-Strategien („Wachstum und Beschäftigung“, „EU-Nachhaltigkeitsstrategie“, „Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, Sozialschutz“) neu orientieren, zusammenfassen, bündeln und auf eine wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung ausrichten. Die integrierte Strategie muss durch EU-weit verbindliche Ziele (z.B. zu Klimaschutz, Verringerung des Ressourcenverbrauchs, Abbau von Erwerbslosigkeit und Armut) geleitet und durch Gesetzgebung (EU-Richtlinien) und Maßnahmenprogramme in den relevanten Politikfeldern unterfüttert werden.

Für eine derart tief greifende Veränderung der EU-Politik ist Mobilisierung und Beteiligung von unten nötig – durch Gewerkschaften, soziale Bewegungen und demokratische Parteien. Deshalb will DIE LINKE eine breite Debatte über eine solche Alternative und über die Unterstützung von Bewegungen und Bündnissen für Veränderung initiieren. DIE LINKE steht für eine demokratische Wirtschaftspolitik und eine faire Handels- und Entwicklungspolitik, die im Interesse der Allgemeinheit und der Stärkung der europäischen Binnenwirtschaft sind. Das Dogma der "offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" in den Europäischen Verträgen wollen wir durch das Leitbild einer solidarischen Gesellschaft mit einer demokratischen Verfassung für Europa ersetzen.

DIE LINKE fordert eine europäische Wirtschaftsregierung statt einer Wirtschaft, die Europa regiert. Diese soll die Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik koordinieren und wirtschaftlichen Nationalismus überwinden. Die EU muss sich auf verbindliche und hohe Standards in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verständigen. Die EZB muss neben ihrem geldpolitischen Beitrag zur Preisstabilität gleichrangig auf die Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung verpflichtet und durch das Europäische Parlament sowie den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) kontrolliert werden. Dies schließt die Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen und des Abstimmungsverhaltens des Direktoriums der EZB ein. Darüber hinaus müssen internationale Vereinbarungen für realistische und stabile Wechselkurse getroffen und der internationale Kapitalverkehr reguliert werden.

Die bisherigen konjunkturellen Maßnahmen in Europa sind weder ausreichend noch effektiv. Sie verbessern die Lage der sozial Benachteiligten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kaum. Insbesondere der Exportweltmeister Deutschland kommt seiner internationalen und europäischen Verantwortung zur Belebung der eigenen Wirtschaft und zur Verringerung der Ungleichgewichte im Außenhandel nicht nach. Die EU sollte daher in einem koordinierten und langfristigen Zukunftsinvestitionsprogramm mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Klimaschutz und Energiewende, ökologischen Umbau (Verkehrs-, Chemie-, Abfall- und Agrarwende, Stoffmanagement), den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, gesellschaftliche Infrastruktur, Bildung, Soziales, Kultur und medizinische Versorgung investieren. Die Mitgliedstaaten sollten auf nationaler Ebene ebenfalls ökologisch-solidarische Zukunftsinvestitionsprogramme auflegen bzw. ihre Konjunkturprogramme entsprechend umbauen und sie mit der EU-Ebene und untereinander koordinieren. Dadurch entstünden kräftige Nachfrageimpulse für die EU-Binnenwirtschaft und ein Schub zur Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung.

In vielen Staaten Mittel- und Osteuropas spitzt sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise besonders stark zu. Die von der Europäischen Union in der Vergangenheit betriebene Politik trägt dafür eine große Mitverantwortung. Im Rahmen ihres EU-Beitritts wurden diese Staaten in einen Dumpingwettlauf um ausländische Direktinvestitionen getrieben. Teile ihrer Wirtschaft wurden zur verlängerten Werkbank ausländischer Konzerne, und die Kluft zwischen Arm und Reich wuchs. Wir fordern für die Menschen in Mittel- und Osteuropa ein europäisches, solidarisch finanziertes, umfangreiches Investitionsprogramm in Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit sowie einen sozialen Schutzschirm für alle Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentner dieser Länder.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wird dem Ziel einer gleichgewichtigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht gerecht. Er dämpft die Nachfrage und die Konjunktur in den Mitgliedstaaten einseitig und verhindert wichtige öffentliche Investitionen. Deshalb muss der Stabilitäts- und Wachstumspakt durch einen Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz ersetzt werden.

Die Netzinfrastrukturen (Strom, Gas, Wasser, Bahn, Telekommunikation) sowie bedeutende Unternehmen, die Politik und Wettbewerb beherrschen, müssen in öffentliches Eigentum überführt und demokratisch kontrolliert werden. Wir unterstützen die Forderung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zur Finanzierung von Investitionen durch Anleihen der Europäischen Investitionsbank (EIB). Sie sind ein geeignetes Instrument staatlicher Beteiligungen jenseits des nationalen Standortwettbewerbs.

Finanzkrisen wirksam bekämpfen

Neoliberale Politik hat die Regeln des internationalen Finanzsystems beseitigt und die Demokratie an die Kapitalmärkte verkauft. Die Ursache des weltweiten Finanzkasinos ist in erster Linie die Enteignung einer breiten Bevölkerungsmehrheit zu Gunsten von Konzernen und Superreichen. Diese Umverteilung von unten nach oben hat dem Wirtschaftskreislauf Geld entzogen und auf die internationalen Finanzmärkte gespült. Der Europäischen Union kommt eine besondere Verantwortung für die Kontrolle von transnationalen Konzernen und internationalen Finanzplätzen zu. Allerdings fehlt dazu bisher der politische Wille. Die Europäische Union hat

Finanzdienstleistungen liberalisiert, integrierte europäische Märkte für Finanzdienstleistungen und Hypothekenkredite geschaffen und nationalstaatliche Kontrollrechte eingeschränkt.

Wir wollen, dass die Finanzmärkte durch Kapitalverkehrskontrollen, durch eine Steuer auf Finanztransaktionen (unter anderem Devisen- und Börsenumsatzsteuer) sowie durch die Vereinbarung von Wechselkurszielzonen reguliert werden. Dafür müssen die Kompetenzen der EU, etwa im Bereich der Steuern, erweitert werden.

Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Rekapitalisierung von Banken sind mit der Übertragung von stimmrechtsfähigen Aktien zu verknüpfen. Die umfangreichen Staatshilfen müssen auf die Verstaatlichung aller Banken und die Überführung des gesamten Finanzsektors in öffentliches Eigentum abzielen. Die Kreditpolitik der Banken muss der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden. Nach europäischem Recht ist die jeweilige Eigentumsordnung Angelegenheit der Mitgliedstaaten.

DIE LINKE fordert ein grundsätzliches Verbot des Handels mit Verbriefungen und Kreditderivaten sowie der Zweckgesellschaften, die sich Banken zugelegt haben, um Risiken außerhalb der Bilanz zu verstecken und die Eigenkapitalvorschriften zu umgehen. Wir fordern das Verbot von Hedgefonds, Private Equity Fonds oder Real Estate Investment Trusts. Ab sofort muss es Pensionsfonds und Lebensversicherungen in der EU verboten sein, in Hedgefonds und andere spekulative Fonds zu investieren. Banken und andere Finanzinstitutionen sollen dazu verpflichtet werden, den zuständigen Aufsichtsbehörden umfassende Informationen über ihre Tätigkeiten und Risikopositionen zu geben. Die enge weltweite Kooperation unter den Behörden ist dringend notwendig, um gegen die verheerende Finanzkrise vorzugehen. Auf der EU-Ebene sollen eine eigene Finanzmarktaufsicht über international agierende Finanzmarktakteure sowie öffentliche Rating-Agenturen geschaffen werden.

Wir fordern eine strengere Regulierung der Finanzmärkte, um Risiken zu vermeiden, die durch neue und riskante Finanzprodukte verursacht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU die massive Fremdfinanzierung beim spekulativen Handel mit Wertpapieren und Derivaten, bei anderen Finanzinvestitionen und Übernahmen unterbindet. Sie soll gesetzliche Obergrenzen für die Fremdfinanzierung von Investitionen einführen und sich für die Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte engagieren. Wir wollen Steueroasen austrocknen. Die Steuerbefreiung für Dividenden von Unternehmen in unkooperativen Staaten muss abgeschafft werden.

Für einen solidarischen Haushalt

Die Europäische Union ist seit dem Jahr 2004 um zwölf Staaten gewachsen. Immer mehr Bereiche werden Regelungen der EU unterworfen. Doch die Armut in der EU nimmt zu. Der Haushalt der Europäischen Union entspricht immer weniger den steigenden gemeinsamen Herausforderungen und Aufgaben. In besonderem Maße betrifft das die Regional- und Strukturpolitik.

Um die EU finanziell in die Lage zu versetzen, ihren Aufgaben gerecht zu werden, sind sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite grundlegende Veränderungen nötig. Eine Erhöhung der EU-Mittel muss dabei auch an die Bedingung geknüpft sein, dass eine Veränderung der Ausgaben-Prioritäten erfolgt. So sind die Mittel für die Bekämpfung von Armut, die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit, den sozial-ökologischen Umbau und die Regional- und Strukturpolitik aufzustocken – ebenso die Mittel für ziviles Krisenmanagement und Entwicklungszusammenarbeit. Einsparpotential gibt es zum Beispiel bei Rüstungsausgaben und Geldern für militärische Missionen.

Auf der Einnahmeseite ist das System der Eigenmittel der EU grundlegend zu reformieren. DIE LINKE fordert als einen ersten Schritt, die bestehende Eigenmittelobergrenze von 1,24 Prozent des EU-weiten Bruttonationaleinkommens für Zahlungsermächtigungen auszuschöpfen. Für den Zeitraum 2007-2013 sind lediglich 0,98 Prozent geplant. Die Eigenmittel der EU kommen hauptsächlich aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten und werden damit über die Steuerzahlungen der Bürgerinnen und Bürger erbracht. Großunternehmen und Banken zahlen jedoch im Vergleich zu ihren Gewinnen nur wenig Steuern. DIE LINKE fordert, sie deutlich mehr an der EU-Finanzierung zu beteiligen, wie es bereits bei der einstigen Europäischen Gemeinschaft für

Kohle und Stahl der Fall war. Zudem müssen die von einigen Mitgliedstaaten ausgehandelten Rabatte auf ihre EU-Beiträge abgeschafft werden.

Gerechte Steuern in Europa

Wir setzen uns für eine Koordinierung der nationalen Steuerpolitiken ein, um Steuerdumping innerhalb der EU zu beenden. DIE LINKE fordert neben einer Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern die Festlegung eines EU-weiten Mindeststeuersatzes für Unternehmensgewinne in angemessener Höhe, um Steuerdumping zu verhindern und Konzerngewinne auch für das öffentliche Wohl einzusetzen. Dafür sind auf europäischer Ebene die entsprechenden Kompetenzen zu schaffen. Die einheitlichen Bemessungsgrundlagen müssen breit angelegt werden und somit Unternehmensgewinne realistisch erfassen.

DIE LINKE fordert, bei der Anwendung der EU-Zinsrichtlinie auf Österreich, Luxemburg, Belgien und auf die Steueroasen innerhalb der EU sowie auf ihre assoziierten Gebiete Druck auszuüben, am grenzüberschreitenden Informationsaustausch noch vor 2010 teilzunehmen. Die EU-Zinsrichtlinie ist so zu überarbeiten, dass sie nicht nur Einkünfte von Privatpersonen, sondern auch von Körperschaften und Stiftungen einbezieht.

Die Europäische Union muss sehr viel entschiedener als bisher gegen Steuerparadiese sowohl in den Mitgliedstaaten als auch außerhalb der EU vorgehen. Finanzgeschäfte mit Banken und Fonds, die nicht den von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich aufgestellten Mindeststandards der Bankenaufsicht entsprechen, sind zu untersagen. Innerhalb der EU-Staaten ist die Entlastung von Quellensteuern zu verweigern, wenn Dividenden und Lizenzgebühren an Gesellschaften gezahlt werden, deren Anteilseigner in kooperationsunwilligen Staaten angesiedelt sind.

Für eine solidarische Regional- und Strukturpolitik

Die Erweiterung der EU und neue Erfordernisse beim Klimaschutz, bei der Energiesicherheit und der sozialen Integration sowie der demographische Wandel verändern die EU-Regionalpolitik bereits heute. Bei der Weiterentwicklung der EU-Strukturförderung muss europäische Solidarität Vorrang haben vor einzelstaatlichen Egoismen. Wirtschaftlich schwache und wirtschaftlich starke Regionen sind nicht allein nach der Höhe des Bruttoinlandsprodukts zu unterscheiden. Für die Förderwürdigkeit einer Region sind stärker Quantität und Qualität der Beschäftigung, Einkommenssituation der Menschen, Zahl der Ausbildungsplätze, Stand der Geschlechtergleichstellung, Industriedichte, Niveau des Umweltschutzes, Forschungs- und Entwicklungspotentiale, Angebotsstruktur von öffentlichen Dienstleistungen und die Nachhaltigkeit der Entwicklung zu berücksichtigen.

Die EU-Regional- und Strukturpolitik muss mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sein. Kürzungen dieser Mittel lehnen wir ab. Bei notwendigen Anpassungen muss es angemessene Übergangsregelungen geben, auch für strukturschwache Regionen in Deutschland. Die Förderung muss in den Mitgliedstaaten nachhaltig, effizient und transparent umgesetzt werden. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds sind stärker regionalisiert einzusetzen. In Deutschland müssen die Landtage mitentscheiden können.

Vor besonderen Herausforderungen stehen die Grenzregionen, vor allem die an der ehemaligen EU-Außengrenze. Hier geht es nicht nur um den Ausgleich wirtschaftlicher Strukturunterschiede, sondern auch darum, sozialen Verwerfungen entgegen zu wirken und umweltverträgliche regionale Verkehrsinfrastrukturen, verkehrsvermeidende Raumordnung und Siedlungsstrukturen zu gestalten. Die Herausbildung zweisprachiger Räume, die Menschen auch kulturell miteinander verbinden, ist eine zentrale Aufgabe. Eine solche solidarische Interessenpolitik ist aus den Grenzregionen heraus offensiv gegenüber den Mitgliedstaaten und der EU zu vertreten. Durch die Unterstützung dieser Regionen entscheidet die EU, ob das „alte“ und das „neue“ Europa wirklich zusammenwachsen.

Für eine solidarische Erneuerung der öffentlichen Dienstleistungen

Infolge der Lissabon-Strategie, deren Umsetzung in Deutschland neben der "Agenda 2010" auch die "Hartz-Gesetze" dienen, wurde die Priorität des Wettbewerbs über die Warenproduktion hinaus auf den Dienstleistungsbereich ausgedehnt. Dies führte zu massiven Kürzungen und mehr Eigenbeteiligung bei Kinderbetreuung, Bildung, Kultur und Medien, bei Krankheit und Pflege sowie im Alter, zu einem erheblichen Abbau öffentlicher Dienstleistungen bei gleichzeitiger Privatisierung und höheren Preisen, zum Verlust zahlreicher Arbeits- und Ausbildungsplätze bzw. zu niedrigerer Bezahlung und schlechteren Arbeitsbedingungen bei den erhaltenen oder ausgelagerten Arbeitsplätzen.

Die Lissabon-Strategie wirkt sich besonders negativ auf EU-Bürgerinnen und Migrantinnen aus. Sie waren die ersten unfreiwilligen Wegbereiterinnen der Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, sie sind unter den Erwerbslosen, Armen, sozial Ausgegrenzten und Nichtversicherten die Mehrheit. Mit dem Sozialstaat werden solche Dienste abgebaut und Gesetze zurückgenommen, die den Eintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Chancen von Frauen mit Behinderungen fördern. Frauen stehen einer doppelten Herausforderung gegenüber: Zum einen verlangt der Arbeitsmarkt von ihnen Flexibilität und Mobilität, zum anderen tragen sie überwiegend die Lasten der Familien- und Sorgearbeit.

Gerade dort, wo Folgen von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung bekämpft werden müssen und öffentliche Kassen besonders leer sind, erscheint die Übertragung von Krankenhäusern, Verkehrsbetrieben, Wasser-, Abwasser- und Energieversorgungsanlagen oder auch kulturellen Einrichtungen an private Träger als Mittel zur Bewältigung von Haushaltsnotlagen. In der Bundesrepublik – wo die öffentliche Daseinsvorsorge traditionell zu den wichtigsten Aufgaben von staatlichen und kommunalen Trägern gehört – verzichten Entscheidungsträger auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene so auf politische Gestaltungsmöglichkeiten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Die Funktion der öffentlichen Daseinsvorsorge für die Förderung einer nachhaltigen sozialen und ökologischen Entwicklung wird so in Frage gestellt.

DIE LINKE sieht im Erhalt und weiteren Ausbau öffentlicher Dienstleistungen eine entscheidende Bedingung für konkrete Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU dem Schutz öffentlicher Güter sowie dem diskriminierungsfreien Zugang aller zu den Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge – einschließlich des demokratischen Zugangs zu Bildung, Kultur und Medien – höchste Priorität einräumt. Wir lehnen jede weitere Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge ab und treten für die Rekommunalisierung ein. Bildung auf ihre wirtschaftliche Nutzbarkeit zu reduzieren und weiter zu privatisieren, lehnen wir ab. DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einem EU-Rahmengesetz zu Diensten von allgemeinem Interesse. Öffentliche Daseinsvorsorge muss nach unserer Überzeugung vor allem folgende Ziele gewährleisten:

- universeller, gleicher Zugang für alle;
- flächendeckende Versorgungssicherheit, territoriale und soziale Erreichbarkeit bei hoher Servicequalität zu erschwinglichen Preisen und unter gleichmäßigen qualitativen Bedingungen;
- sozial verträgliche Gebühren, insbesondere für bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie Menschen mit Behinderungen oder Einkommensschwache, und Kampf gegen soziale Benachteiligungen;
- Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung und Abbau regionaler Ungleichgewichte;
- objektive Prüfung der Effizienz und Effektivität der Dienste und ein hohes Niveau an Verbraucherschutz;
- demokratische Kontrolle und Transparenz, Anpassungsfähigkeit der Dienste an neue gesellschaftliche Bedürfnisse und technologische Möglichkeiten;
- demokratische Mitwirkung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Nutzerinnen und Nutzer der Dienste bei ihrer Gestaltung und Ergebnisbewertung;

- Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bzw. ihrer regionalen und lokalen Untergliederungen für die Definition und den Zuschnitt der Dienstleistungen.

Bei Leistungen der Daseinsvorsorge ist zu sichern, dass ökologische, soziale, frauen- oder beschäftigungspolitische Auflagen nicht als Wettbewerbsverzerrung sanktioniert werden.

Die bisher erkämpfte Herausnahme von Gesundheits- und Sozialdiensten aus der Dienstleistungsrichtlinie darf nicht wieder zurückgenommen werden.

Wir unterstützen die Forderung der europäischen Zivilgesellschaft nach einer Charta der Gemeinsamen Güter und Kollektiven Rechte.

Für eine neue Art von Vollbeschäftigung: Gute Arbeit für alle

Ein wesentliches Ziel unserer Politik ist, dass alle Frauen und Männer in der EU, die an sinnvoller existenzsichernder und ökologisch verantwortbarer Arbeit teilhaben wollen, dies auch können. Diese neue Art von Vollbeschäftigung wird gebraucht, um gesellschaftlichen Erfordernissen und Bedürfnissen zu entsprechen. Gleichzeitig würde sie Frauen und Männern gleichermaßen ermöglichen, ein armutsfestes Einkommen zu erzielen.

DIE LINKE lehnt prekäre Beschäftigungsverhältnisse ab, da sie menschenunwürdig sind. Die bestehenden prekären Beschäftigungsverhältnisse müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Wir wollen Niedriglohnarbeit, befristete und andere unsichere Beschäftigungsverhältnisse abschaffen. Leiharbeit ist nur in eng begrenzten Ausnahmefällen akzeptabel und darf keine regulären Stellen verdrängen. Teilzeitarbeit ist sozial voll abzusichern, Überstunden sind drastisch abzubauen und Arbeitszeit von der Wochen- über die Monats- und Jahresarbeitszeit bis hin zur Lebensarbeitszeit zu verkürzen. Aus- und Weiterbildung sind zu qualifizieren und auszubauen, neue Beschäftigungsfelder zu erschließen.

DIE LINKE setzt sich für eine Neu- und Umbewertung sowie eine Umverteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit ein. Durch öffentliche Arbeitsförderung, öffentliche Investitionen und eine aktive Struktur- und Regionalpolitik wollen wir in den EU-Mitgliedstaaten soziale und ökologische Entwicklung mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verknüpfen. Dazu müssen die öffentlichen Handlungsmöglichkeiten auf lokaler, kommunaler, regionaler, nationalstaatlicher und EU-Ebene ausgeschöpft und erweitert werden.

DIE LINKE engagiert sich für eine Neu- und Umbewertung von Arbeit, damit alle Menschen, Männer und Frauen, in den vier Bereichen tätig sein können, auf die eine Gesellschaft angewiesen ist und deren Vielfalt das Leben der Individuen reicher macht. Das sind Arbeiten in Beruf und Erwerb, in Familie und Partnerschaft, in Gesellschaft und Politik und Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben. Bei radikaler Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit müssen diese notwendigen Arbeiten, diese Chancen, das gesellschaftliche Leben mit zu gestalten und Einfluss auszuüben, gleich verteilt sein, nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern. Das streben wir als neue Art von Vollbeschäftigung an.

Das 'Flexicurity-Konzept' der EU-Kommission ist mit wachsender Unsicherheit, verschlechterten Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen sowie steigender Lohnkonkurrenz in der EU verbunden. Wie die Gewerkschaften, so fordert auch DIE LINKE stattdessen ein Konzept für „Gute Arbeit“, das Lohnsteigerungen unterstützt und Mindestlöhne durchsetzt. Derzeit verfügen 21 von 27 EU-Mitgliedstaaten über flächendeckende Mindestlöhne. DIE LINKE unterstützt die Forderung des Europäischen Parlaments, dass die EU eine Zielvorgabe zum Niveau von Mindestlöhnen in Höhe von mindestens 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns vereinbart, um Armut trotz Erwerbsarbeit zu verhindern.

DIE LINKE unterstützt eine Lohnpolitik, die den Produktivitätszuwachs, einen Inflationsausgleich sowie eine Umverteilungskomponente beinhaltet. Europäische Lohnleitlinien zur Begrenzung des Lohnzuwachses lehnen wir ab. Wir wollen, dass Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verkürzt und Überstunden drastisch abgebaut werden, um die Massenerwerbslosigkeit zu überwinden und den Reichtum umzuverteilen. Ausnahmeregelungen und Lücken in der EU-Arbeitszeitrichtlinie müssen beseitigt und eine allgemein verbindliche wöchentliche Höchst-

beitszeit von zunächst 40 Stunden festgesetzt werden. Unverzüglich müssen alle Möglichkeiten unterbunden werden, die wöchentliche Höchstarbeitszeit von derzeit 48 Stunden noch zu überschreiten. Am Arbeitsplatz verbrachte Bereitschaftszeiten sollen zu 100 Prozent als Arbeitszeit gelten. Es muss ausgeschlossen werden, dass die bestehenden Schutzniveaus abgesenkt werden.

Für eine wirksame Sozial- und Umweltunion

DIE LINKE fordert die Wiederherstellung, Bewahrung und Weiterentwicklung des Sozialstaats, wie er in den Mitgliedstaaten in harten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit erkämpft wurde. Sozialstaatlichkeit muss auch zu den Werten und Zielen der Union gehören und höchste Priorität bei der Umsetzung aller EU-Politiken haben. Wir fordern, dass sich die EU und ihre Mitgliedstaaten auf gemeinsame soziale und kulturelle Mindeststandards als bindende Ziele festlegen: für die Überwindung von Armut, insbesondere von Kinderarmut und Altersarmut, von Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und struktureller Benachteiligung – vor allem von Frauen.

DIE LINKE fordert einen europäischen Pakt zur Beseitigung der Armut. Darin werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, durch entsprechende Maßnahmen zu sichern, dass in fünf Jahren kein Mensch in Europa mehr unterhalb der Armutsgrenze von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommens leben muss. Wird das Ziel unterschritten, treten Sanktionen in Kraft. Das wäre auch ein konkreter Beitrag für das für 2010 angekündigte „Europäische Jahr des Kampfes gegen Armut und Ausgrenzung“.

Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein radikaler ökologischer Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen sind zwei Seiten einer Medaille. So ist eine fortschrittliche Klimaschutzpolitik nicht nur überlebenswichtig für die natürliche Umwelt, sie ist zugleich ein Beitrag zum Kampf um globale soziale Rechte, verschärft der fortschreitende Klimawandel doch das tägliche Ringen von Millionen Menschen ums Überleben. Die konkrete Ausgestaltung von Umweltpolitik darf jedoch nicht zu einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft führen. Bezahlbare Energie und Mobilität müssen auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben. Der ökologische Umbau bedarf daher eines starken sozialen Sicherungssystems.

Der Umbau des Energiesystems, hin zu erneuerbaren Energien bei gleichzeitig effizienterem und sparsamerem Umgang mit Energie, muss beschleunigt werden. Nur so lassen sich die Folgen des Klimawandels begrenzen. Nur so ist auch bezahlbare Energie langfristig gewährleistet. Der Verteilungskampf um die letzten fossilen Energiereserven hat zudem auch in der EU zu einer Militarisierung der Energieaußenpolitik geführt. Eine Abkehr von der fossil-atomaren Energieversorgung ist daher auch eine zentrale friedenspolitische Investition.

Der Ausstoß an Klimagasen muss in der EU bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent, bis Mitte des Jahrhunderts um rund 90 Prozent gegenüber 1990 vermindert werden. Nur so lässt sich die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad gegenüber vorindustriellen Temperaturen begrenzen. Die Minderungen müssen durch Maßnahmen innerhalb der EU erreicht werden. Daher ist der Zukauf von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt auszuschließen. Mit Planungsmaßnahmen in Raumordnung, Stadtentwicklung, Küstenschutz und Landschaftspflege muss dem bereits in Gang gesetzten Klimawandel und seinen Folgen begegnet werden.

Um die Verhandlungen über ein Kyoto-Folgeabkommen zu beschleunigen, muss die EU zudem deutlich mehr Finanzmittel für den Klima- und Regenwaldschutz sowie für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern bereitstellen. In Kooperation mit den Entwicklungsländern soll die EU den Einstieg in eine sozial und ökologisch nachhaltige Energiewirtschaft global befördern.

Der EU-Emissionshandel hat als zentrales Klimaschutzinstrument der EU versagt. Die kostenlose Vergabe von Emissionsrechten hat zu jährlichen Mitnahmegewinnen der Stromkonzerne in Milliardenhöhe geführt und nicht zum Klimaschutz beigetragen. In Zukunft müssen Kraftwerke und Unternehmen drastisch verschärfte Vorgaben für den Klimagasausstoß erhalten. Insbe-

sondere der Neubau von Kohlekraftwerken muss verhindert werden. Klimaschutz darf nicht einem profitorientierten, undemokratischen und krisenanfälligen Markt überlassen werden. An die Stelle des Emissionshandels müssen deshalb radikale ordnungspolitische Eingriffe in die Energiewirtschaft treten. DIE LINKE setzt sich überdies für ökologisch gewichtete Energie- und Ressourcensteuern ein, wo andere Instrumente nicht greifen. Dafür müssen Bürgerinnen und Bürger an anderer Stelle finanziell entlastet werden – sozial gerecht.

DIE LINKE fordert den unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Der EURATOM-Vertrag ist zu beenden und die beträchtlichen Fördermittel für die Atomforschung sind für eine Abkehr vom fossil-nuklearen Energiesystem einzusetzen. Die fortgesetzte Nutzung der Atomenergie sowie der Bau neuer fossiler Großkraftwerke behindern den Übergang zu den erneuerbaren Energien und zementieren die monopolistischen Marktstrukturen. Beides widerspricht der Forderung nach einer Energiewende.

Wir fordern die sofortige Stilllegung der Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien), ein Verbot der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennstäbe in allen EU-Mitgliedstaaten und – bis zur Inbetriebnahme geeigneter Endlager – den Verzicht auf Rücktransporte hochradioaktiven Wiederaufarbeitungsmülls in die Herkunftsländer. Ferner sind die Strahlenschutzgrenzwerte gemäß dem Stand von Wissenschaft und Technik zu verschärfen.

Um eine Energiewende zu ermöglichen, müssen in der Energiewirtschaft die Oligopole bei den Erzeugern und Netzbetreibern entflochten und die Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand überführt werden. Zentrale Elemente der Energieversorgung müssen in die Hände der Kommunen übergehen. Dafür sind Spielräume auf EU-Ebene zu schaffen.

Bis zum Jahr 2020 soll der Anteil erneuerbarer Energie am EU-Energieverbrauch 25 Prozent betragen. Doch auch erneuerbare Energien müssen Nachhaltigkeitskriterien genügen. Deshalb ist das Agroenergie-Ausbauziel der EU angesichts von Tropenwaldvernichtung und Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bzw. indigenen Gruppen, unter Berücksichtigung der Nahrungsmittelproduktion, auf die in der EU nachhaltig produzierbare Biomasse zu beschränken.

Statt vorrangig auf Agrokraftstoffe zu setzen, muss eine grundlegende Neuausrichtung der Verkehrspolitik erfolgen. Priorität müssen die Vermeidung von unnötigem Verkehr sowie der Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs haben. Das muss Hand in Hand gehen mit deutlich niedrigeren Fahrpreisen. Der rasant ansteigende Güterverkehr muss eingedämmt und zunehmend von der Straße auf die Schiene gelenkt werden. Dazu sind die Fördermittel für den Ausbau internationaler Schienenverkehrsprojekte im Rahmen der Transeuropäischen Netze zu Lasten der Straßenprojekte deutlich zu erhöhen. Bei der Lkw-Maut sind die Umweltkosten einzubeziehen. Wir fordern ein EU-weites Verbot sogenannter Gigaliner und strengere Verbrauchs- und Abgasnormen für neue Pkw; für Lkw sind entsprechende Zielvorgaben einzuführen. Im Flug- und Schiffsverkehr setzen wir uns für eine europaweite Abgabe auf fossile Kraftstoffe ein.

Auch jenseits des Energiebereichs muss der Verbrauch natürlicher Ressourcen drastisch gesenkt und effizienter gestaltet werden. Ziel muss die Minderung des Rohstoffverbrauchs und die Etablierung geschlossener Stoffkreisläufe sein.

In der Abfallpolitik tritt DIE LINKE dafür ein, wie von der Abfallrahmenrichtlinie gefordert, Abfälle zuallererst zu vermeiden; ansonsten sind die eingesetzten Stoffe soweit wie möglich wieder zu verwenden beziehungsweise sinnvoll zu recyceln. Die Abfallverbrennung zur Behandlung der Restabfälle lehnen wir als Regelverfahren ab; stattdessen sind verstärkt alternative Verfahren zu fördern, wie beispielsweise mechanisch-biologische Anlagen. Für existierende Verbrennungsanlagen sind die Anforderungen unverzüglich auf den aktuellen Stand der Technik anzuheben. Der grenzüberschreitende Export von Abfällen ist zu untersagen.

Wir fordern die zügige Weiterentwicklung der europäischen Chemikalienverordnung REACH im Interesse gesunder Lebens- und Umweltbedingungen sowie einer besseren Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Produktion und Vermarktung von allen Stoffen, die

krebserregend oder erbgutschädigend sind bzw. sich in Mensch oder Umwelt dauerhaft anreichern, ist einzustellen.

Der Zustand der Meere ist besorgniserregend. Um die Überfischung zu stoppen, setzt sich DIE LINKE ein für das Verbot der Grundsleppnetzfisherei, die drastische Minderung des Beifangs und die Kopplung der Fischereisubventionen an ressourcen- und umweltschonende Fangmethoden. Wir streiten für die Einrichtung großflächiger Meeresschutzgebiete, in denen Müllentsorgung oder Ressourcenentnahme ausgeschlossen sind. Die Belastung der Meere durch Stoffeinträge aus Landwirtschaft und Industrie ist zu vermindern.

DIE LINKE streitet für eine konsequente Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Nicht das Einbetonieren von Gewässern, sondern Auenschutz und Renaturierung schaffen lebendige Flüsse und gesundes Grundwasser. Der Eintrag von Schad- und Nährstoffen ist zu minimieren.

DIE LINKE fordert die Stärkung des „Natura 2000“-Schutzgebietsnetzes auf dem Land und im Meer. Der Rückgang der Artenvielfalt muss unverzüglich gestoppt werden. Die Einfuhr von und der Handel mit illegal geschlagenem Tropenholz sind EU-weit zu verbieten. Gleichzeitig müssen Entwicklungsländer beim Waldschutz finanziell unterstützt werden. Wir setzen uns für den Erlass einer EU-Bodenschutz-Verordnung ein, um auch so die Umwelt zu schützen.

DIE LINKE setzt sich für verbindliche Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene ein. Wir fordern ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen. Sie dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen durchgeführt werden; alternative Testmethoden sind nachdrücklicher zu erforschen. Wir fordern tiergerechte und ethisch vertretbare Haltungs- und Transportbedingungen für Nutztiere. Die industrielle Tierhaltung muss schrittweise, aber konsequent durch umwelt- und ressourcenschonende Haltungsformen ersetzt werden. DIE LINKE setzt sich für ein EU-weites Tierschutzsiegel auf Nahrungsmitteln ein.

Für eine verantwortungsvolle Agrarpolitik

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist so auszugestalten, dass sie sowohl den Interessen der Menschen als auch der Verantwortung für die Ernährungssouveränität anderer Regionen der Welt entspricht. Das Recht auf Nahrung muss mit ökologischer Verantwortung umgesetzt werden. Die Versorgung mit ausreichenden und gesunden Nahrungsmitteln muss einhergehen mit kostendeckenden Erzeugerpreisen und für alle sozialen Schichten bezahlbaren Verbraucherpreisen.

Die natürlichen Ressourcen sind sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig zu nutzen und die natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden und Biodiversität dauerhaft zu erhalten. Standards in der Umweltverträglichkeit von Produktionsverfahren und im Tierschutz müssen weiterentwickelt und EU-weit harmonisiert werden.

Diese Aufgaben sind mit der Sicherung von Beschäftigung und Wertschöpfung in den ländlichen Regionen zu verbinden. Die Stellung der Landwirte am Markt muss deutlich gestärkt, die Marktmacht der Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten begrenzt werden, um faire Preise zu sichern. Vielfältige Kooperationsbeziehungen bis hin zur Bildung von Genossenschaften oder Erzeugergemeinschaften sind daher zu unterstützen.

Die notwendigen Agrarbeihilfen sind künftig auf nachhaltige Landnutzungskonzepte und existenzsichernde Arbeitsplätze auszurichten. Die Förderung des ökologischen Landbaus und sein Wachstum müssen auch zukünftig gewährleistet sein. Die Konzentration von Bodeneigentum und die Spekulationen auf dem Agrarrohstoffmarkt sind zu unterbinden, Exportsubventionen abzuschaffen.

Angesichts von Hunger und Unterernährung weltweit müssen die Eiweißfutterimporte in die EU reduziert werden. Dadurch werden in den Erzeugerländern Flächen für die Nahrungsmittelproduktion frei.

Die von genmodifizierten Pflanzen ausgehenden Gefahren für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt sind erheblich. Ihre Verbreitung vertieft die Abhängigkeiten von internationalen Saatgut-

und Pharmakonzernen. Deshalb lehnen wir ihren Anbau ab. Die Patentierung von Genen und in der Natur vorkommenden Substanzen darf es nicht geben. Bis ein Verbot gentechnisch veränderter Pflanzen durchgesetzt ist, muss eine lückenlose Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte eingeführt werden, um echte Wahlfreiheit für Verbraucher und Produzenten zu schaffen. Des Weiteren sind Tierpatente und gentechnische Eingriffe in das Erbgut von landwirtschaftlichen Nutztieren zur unnatürlichen Leistungssteigerung durch eine geeignete EU-Gesetzgebung zu verbieten.

Für eine nachhaltige Forschungspolitik

Wissenschaft und Forschung können Ideen und Lösungen für grundlegende gesellschaftliche und ökologische Probleme erarbeiten, wie etwa den Klimawandel, die wachsende soziale Spaltung, ungleiche Bildungschancen, die Umweltzerstörung, aber auch weltweit grassierende Krankheiten. DIE LINKE setzt den Nutzen und die Verantwortung wissenschaftlicher Erkenntnisse für das Gemeinwesen in den Mittelpunkt ihrer Forschungspolitik. Die Wissenserarbeitung zur nachhaltigen Entwicklung Europas und der Weltgesellschaft muss Regeln, Strukturen und Arbeitsfelder der Forschung bestimmen.

Wir wenden uns in der Forschungspolitik gegen den Lissabon-Prozess, der auf die rein quantitative Steigerung der Forschungsausgaben setzt und dessen erklärtes Ziel die globale Marktbeherrschung der europäischen Privatwirtschaft ist. DIE LINKE setzt sich für ein Ende von so genannten öffentlich-privaten Partnerschaften (Public-Private-Partnerships) in der Forschung ein, etwa der Europäischen Technologieinitiativen, aber auch des Europäischen Technologie- und Innovationsinstituts.

Wir fordern ein Umsteuern in der Forschungsförderung der Europäischen Union hin zur konsequenten Ausrichtung des EU-Forschungsrahmenprogramms auf den Wissensbedarf für einen nachhaltigen sozial-ökologischen Wandel der europäischen Gesellschaften: die Erforschung nachhaltiger Energieerzeugung, der Gesundheitsversorgung, der öffentlichen Sozial- und Daseinsfürsorge, der Erhaltung der Artenvielfalt sowie der Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen.

Sozial-, kultur- und geisteswissenschaftliche Forschungen zu einer sozialen, friedlichen und demokratischen Entwicklung Europas müssen einen höheren Stellenwert in der Förderung bekommen. Die europäische Wissenschaft muss sich stärker der Verantwortung für ethische Fragen stellen, die sich aus den wachsenden wissenschaftlichen, technologischen und medizinischen Möglichkeiten ergeben.

DIE LINKE unterstützt die Idee eines europäischen Forschungsraums, der grenzübergreifende Mobilität zum Zweck des wissenschaftlichen Austauschs ermöglicht, und fordert seine interkontinentale Öffnung. Die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Personals sind vor allem im Mittelbau deutlich zu verbessern und im Sinne der Europäischen Charta für Forscher als verbindliches Prüfkriterium im Forschungsrahmenprogramm der EU zu verankern. Die Gleichstellung der Geschlechter in der europäischen Wissenschaft muss verbindlicher gestaltet werden.

Die Versuche der EU-Kommission, die nationalen und regionalen Forschungsprogramme und -institutionen im Rahmen einer gemeinsamen Programmplanung unter ihren Einfluss zu bringen, werden von der LINKEN abgelehnt.

II. Für eine demokratische Europäische Union

Eine Verfassung für Europa

Die EU benötigt eine andere vertragliche Grundlage: eine EU-Verfassung, die von den Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet wird und über die zeitgleich in jedem EU-Mitgliedstaat in einem Referendum abgestimmt werden muss.

Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Frieden und Rechtsstaatlichkeit müssen gleichrangige verfassungsrechtliche Werte und Ziele der EU sein. Die EU muss auf konsequente Durchsetzung dieser Ziele, auf Solidarität, Toleranz, Menschenrechte, Säkularisierung und Gleichberechtigung der Geschlechter verpflichtet werden. In den Mitgliedsländern der EU sind die erstarkenden neofaschistischen Kräfte offen anzuprangern und kompromisslos zu bekämpfen. Jede Art von Rassismus – vor allem der mörderische Antisemitismus und ebenso die volksverhetzende Islamophobie – ist zu ächten. Auch Fundamentalismus, Sexismus und Homophobie gehören europaweit entschieden geächtet und müssen bekämpft werden.

Eine EU-Verfassung muss in ihren Aussagen wirtschaftspolitisch neutral und gegenüber einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung mit einem bedeutenden öffentlichen Sektor sowie künftigen Gesellschaftsentwicklungen offen sein. Eigentum hat auch sozialen Belangen, dem Umweltschutz und anderen Erfordernissen des Gemeinwohls zu dienen.

In die Verfassung gehört das Prinzip der Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär. Zugleich sollen obligatorische Volksentscheide über EU-Grundlagenverträge und zukünftige Änderungen der EU-Verfassung verankert werden. Außerdem müssen die Bürgerinnen und Bürger das Recht erhalten, EU-weit über BürgerInneninitiativen, -begehren und -entscheide auf europäische Entscheidungen wirksam Einfluss zu nehmen.

Wir wollen eine Europäische Union mit demokratischen Institutionen und transparenten Entscheidungsprozessen. Die Verteilung der Kompetenzen ist so zu regeln, dass die dezentralen Möglichkeiten politischer Selbstverwaltung und die gemeinsame Handlungsfähigkeit der Union zugleich gestärkt werden. Dabei sind Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte der nationalstaatlichen und regionalen Parlamente eindeutig zu klären. Die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips muss wirksam kontrolliert werden.

Das Europäische Parlament muss gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden und das Initiativrecht erhalten. Wir fordern generell die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments, sobald ein Politikbereich in die Kompetenz der Europäischen Union überführt wurde. Für die bereits vergemeinschafteten Bereiche muss dies nachgeholt werden. Kommissionspräsident und Europäische Kommission sollen direkt durch das Parlament gewählt werden.

Die direkte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am europäischen Entscheidungsprozess, wie die vom EP eingeführte Bürger-Agora, Referenden auf europäischer und nationaler Ebene über Grundsatzentscheidungen der EU, müssen möglich werden. Die EU-Institutionen (Rat, Kommission und Parlament) müssen sich für die Beteiligung der Zivilgesellschaften öffnen, die so die Möglichkeit erhalten, deren Entscheidungen zu kontrollieren.

Wir fordern, dass die Europäische Charta der Grundrechte für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedstaat haben, rechtsverbindlich und individuell einklagbar wird. Sie ist weiterzuentwickeln und zu einem Instrument auszubauen, das die individuellen, sozialen und politischen Grundrechte umfassend und vorbehaltlos garantiert. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bestimmungen zum Kommunalwahlrecht und das Recht auf Freizügigkeit und Aufenthalt für alle Bürgerinnen und Bürger gelten, die ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedsland haben.

Bis zu 20.000 Lobbyisten arbeiten in Brüssel und nehmen dort entscheidenden Einfluss auf die Politik der EU. DIE LINKE fordert, dass deren finanzielle Zuwendungen, nach dem Vorbild der USA, alle sechs Monate veröffentlicht werden.

Soziale und politische Rechte verteidigen

In der EU hat die Freiheit von Unternehmen und Kapital Vorfahrt vor den sozialen und politischen Grundrechten. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) muss sich in seiner Rechtsprechung auf die vertraglichen Grundlagen – die primärrechtlichen EG- bzw. Europäischen Verträge in der Fassung von Nizza – stützen. Er ahndet dabei auch Gesetzeslücken, beispielsweise nicht in nationales Recht umgesetzte EU-Richtlinien. Jüngst von ihm getroffene Urteile bestätigen unsere Kritik an der neoliberalen Wirtschaftspolitik und der derzeitigen neoliberalen Grundausrichtung der vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union sowie der unzureichenden sozialen und beschäftigungspolitischen Dimension des EU-Integrationsprozesses.

Der EuGH schränkte z.B. das Streikrecht (Urteile „Viking“ und „Laval“) ein, erklärte die Anforderungen der Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen für rechtswidrig („Rüffert“-Urteil), setzte elementares Arbeitsrecht in Luxemburg außer Kraft und schwächte die Unternehmensmitbestimmung bei Volkswagen. Alle diese Urteile beschränken die Rechte der entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Zahlung der Mindestlöhne bzw. allgemeinverbindlicher Tariflöhne, die am Arbeitsort gelten, sowie die Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen. Damit werden Mindestlöhne zu einer Lohnobergrenze und diskriminieren entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Um soziale Rechte zu verteidigen und auszubauen, müssen politische Rechte gestärkt werden. Wir unterstützen deshalb die Forderung des DGB und der europäischen Gewerkschaften, als Sofortmaßnahme und ersten Schritt in die richtige Richtung die EU-Verträge durch ein Protokoll mit einer sozialen Fortschrittsklausel zu ergänzen.

Die soziale Fortschrittsklausel muss gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sichern. Mitgliedstaaten und Tarifparteien dürfen nicht daran gehindert werden, höhere Standards als in der Entsenderichtlinie vorgesehen durchzusetzen. Sie muss in der nächsten Wahlperiode des Europäischen Parlaments entsprechend geändert werden. Zusätzlich muss in Deutschland endlich ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

Grundsätzlich setzt sich DIE LINKE dafür ein, den Vorrang der politischen und sozialen Grundrechte vor den Marktfreiheiten einschließlich der Sozialklausel direkt in die EU-Verträge aufzunehmen und nicht in einem Protokoll zu verstecken. Notwendig ist ebenfalls, dass alle Grundrechte für alle Bürgerinnen und Bürger gelten, die ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedsland haben. Deshalb muss die Möglichkeit zum Erwerb einer Unionsbürgerschaft geschaffen werden.

Wir unterstützen Euro-Betriebsräte als Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten in Europa. Deren Mitbestimmungsrechte müssen insbesondere in wirtschaftlichen Angelegenheiten ausgeweitet und die Informations- und Konsultationsrechte der Beschäftigten rechtsverbindlich definiert werden. Der Fall Nokia darf sich nicht wiederholen. Eine Aufweichung der Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rahmen des Small Business Act lehnen wir ab.

Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens demokratisieren

Wir kämpfen gegen die Diskriminierung von Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Die Europäische Union muss in den Mitgliedstaaten Maßnahmen befördern, die bestehende Benachteiligungen abbauen und Chancengleichheit sichern helfen.

Für DIE LINKE durchzieht die Gleichstellung von Männern und Frauen alle Bereiche der EU-Politik, sie ist eine Querschnittsaufgabe. DIE LINKE engagiert sich dafür, jegliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ab- und Frauenförderung auszubauen. Weil die Politik der Gleichstellung nicht Strukturen überlassen sein kann, in denen Männer dominieren, fordert DIE LINKE, alle Stellen in Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen der europäischen Institutionen

zu mindestens 50 Prozent mit Frauen zu besetzen. Sie setzt sich für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen ein; besonders aktuell ist, dass das Recht auf Abtreibung und freie Empfängnisverhütung endlich in ganz Europa gilt.

Sie fordert die entschlossene Umsetzung der EU-Rahmenrichtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche in nationales Recht und Handeln überall in Europa. Die Rahmenrichtlinie ist zu erweitern. Zu allererst darf der sichere Aufenthaltsstatus, darf Hilfe für Opfer von Frauenhandel nicht weiter an ihre Zeuginnenaussage geknüpft sein. Ihre Familien in der Heimat brauchen Schutz vor der internationalen Mafia der Menschenhändler. Frauenhandel und Zwangsprostitution sind keine Kavaliersdelikte, sie sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit und entsprechend zu ahnden.

Die Mitgliedstaaten sind verbindlich zu verpflichten, Programme zur Gleichstellung und Frauenförderung in Privatwirtschaft und Öffentlichem Dienst ein- bzw. weiter zu führen. Die Bekämpfung von Altersarmut, der Zugang zum Arbeitsmarkt und mehr Frauen in Spitzenpositionen in allen gesellschaftlichen Bereichen müssen Schwerpunkte der EU-Gleichstellungspolitik werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Frauen und Männer sicher zu stellen.

Die Mitgliedstaaten der EU gehen sehr unterschiedlich mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften um: Einige haben die Ehe geöffnet, andere eigene Rechtsformen geschaffen, weitere verweigern diesen Partnerschaften alle Rechte. All diese Rechtsformen werden gegenseitig nicht anerkannt. Das führt dazu, dass Paare, die in einem Land als verheiratet gelten, in einem anderen juristisch Fremde sind oder eine andere Partnerschaft mit geringeren Rechten eingehen müssen. Das schränkt die Freizügigkeit ein. DIE LINKE fordert eine Regelung zur europaweiten Anerkennung solcher Partnerschaften auf dem jeweils höchsten Rechtsniveau.

Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte behinderter Menschen in der EU und ihren Mitgliedstaaten ein. Besonders wichtig sind die Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen sowie umfassende Barrierenbeseitigung, um ihnen die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen ist eine entscheidende Bedingung für konkrete Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU die Mitgliedstaaten auffordert, den Schutz öffentlicher Güter sowie den diskriminierungsfreien Zugang aller zu den Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, zu Bildung, Kultur und Medien auszubauen.

Ökonomische Produktivität, kulturelle Hegemonie und politische wie auch militärische Macht sind in zunehmendem Maße abhängig von der Gewinnung, Speicherung und Verarbeitung von Information und Wissen. Deshalb ist es notwendig, auf EU-Ebene einen medienpolitischen Rahmen zu entwickeln, der den Möglichkeiten des digitalen Überall-Fernsehens, des Rundfunks und der Presse im Internet – zusammengefasst unter dem Stichwort der Konvergenz der Netze – Rechnung trägt. Dabei geht es nicht nur um den Schutz der Vielfalt der Programmproduzenten. Mit der Digitalisierung werden auch neue Möglichkeiten begründet, das Nutzerverhalten zu steuern.

Ohne eine medienrechtliche Regulierung werden das Wissen und die Kreativität, die in Netzwerken und Tauschbörsen (Filesharing) entwickelt werden, von den privaten Dienstleistern widerrechtlich angeeignet und ökonomisch verwertet. Deshalb ist Kernthema linker Medienpolitik der demokratische Zugang zu modernen Kulturtechniken, zu offenen Plattformen, zu ihrer Programmierbarkeit und sicheren Anwendung. Wir setzen uns ein für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, für gute Arbeitsbedingungen der in der Medien-, Kultur- und Filmbranche Tätigen und den Schutz der Rechte von Kreativen, von Nutzerinnen und Nutzern im Internet. Breitband-Internet für alle ist die erste Forderung, um den digitalen Graben, den Ausschluss sozial Benachteiligter aus der digitalen Kommunikation, zu beenden.

Die fortschreitende Kommerzialisierung ist zugleich von einer anhaltenden Medienkonzentration geprägt. Finanzinvestoren bemächtigen sich in immer größerem Ausmaße des Medien- und Pressesektors. Rentabilitätsdruck zeitigt im Ergebnis eine weitere Verflachung und Kommerzialisierung der Berichterstattung und des Wissenstransfers.

Wir lehnen weitere Liberalisierungen und Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge und kultureller Dienstleistungen ab und treten für ihre Rekommunalisierung ein. Wir unterstützen die Forderung der europäischen Zivilgesellschaft nach einer Charta der Gemeinsamen Güter und Kollektiven Rechte.

Wir wollen, dass in allen großen und mittleren Unternehmen die Beschäftigten und ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter bei grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen paritätisch mitbestimmen können. Betriebsräte müssen auf allen Ebenen über Informations-, Anhörungs-, Vorschlags- und Mitbestimmungsrechte verfügen. Wir unterstützen die Forderung nach einem Ausbau der Beteiligungsrechte von europäischen Betriebsräten und fordern eine Revision der EU-Betriebsräterichtlinie mit dem Ziel, dass bei Verstößen gegen die Konsultations- und Informationspflicht Sanktionen verhängt werden können.

Die Mitbestimmung auf Unternehmensebene soll EU-weit nach dem Vorbild der Montanmitbestimmung geregelt werden. Wir verwahren uns gegen die von EU-Institutionen ausgehenden Angriffe auf Flächentarifverträge, Tarifautonomie und Streikrecht. Vielmehr müssen die Gewerkschaften das uneingeschränkte Recht haben, regionale, nationale und EU-weit grenzüberschreitende Tarife abzuschließen und dafür zu streiken. Das ungehinderte Streikrecht der Gewerkschaften, einschließlich des politischen Streiks, ist in allen Ländern Europas zu gewährleisten.

DIE LINKE steht für einen EU-weiten Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher auf hohem Niveau. Wir engagieren uns für die Erweiterung von Informations-, Kontroll- und Klagerechten der Konsumentinnen und Konsumenten.

In der Bundesrepublik Deutschland besteht ein Neuregelungsbedarf hinsichtlich des Zusammenwirkens von Bund, Ländern und Kommunen, um die Interessen der verschiedenen Ebenen bei den deutschen Positionsbestimmungen in der Europapolitik bereits im Vorfeld besser miteinander abzustimmen. Zu stärken sind insbesondere die Möglichkeiten der Einflussnahme und Kontrolle der Europapolitik der Bundesregierung durch den Bundestag sowie der Landesregierungen durch die Landtage.

Für kulturelle Vielfalt in Europa

Der Zugang zu Bildung und Kultur, zu traditionsreichen und modernen Kultur- und Kommunikationsformen, ist eine der wichtigsten sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts und Voraussetzung einer lebendigen Demokratie. Wir wollen Bedingungen dafür schaffen, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben können.

DIE LINKE steht für ein kulturell vielfältiges Europa, für einen Perspektiven- und Geschichtsdialog zwischen unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Ansätzen und für einen Beitrag zur Lösung der globalen sozialen Probleme.

Europas Geschichte lehrt: Die Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen und die Verständigung über Gemeinsamkeiten wie über Differenzen und Interessenkonflikte ist existenzielle Bedingung für ein friedliches Miteinander innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Dazu gehört die Achtung und Bewahrung des humanistischen Erbes.

Wir sehen in der Mitteilung der Kommission über eine europäische Kulturagenda den Auftakt für eine abgestimmte europäische Kulturpolitik, die die kulturelle Vielfalt und Eigenständigkeit der Mitgliedsländer, wie auch die von Regionen und Minderheiten, schützt und fördert. Wir lehnen die schrankenlose Liberalisierung kultureller Dienstleistungen ab. Eine mit Leben erfüllte Kulturverträglichkeitsklausel, wie sie in den europäischen Verträgen festgehalten ist, muss dafür stehen, dass Kultur nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem eine gesellschaftliche Produktivkraft ist.

Besondere Unterstützung muss den Künstlerinnen und Künstlern und allen Kulturschaffenden gelten, für deren freie Entfaltung und soziale Absicherung wir aktiv eintreten. Vor allem geht es um Rahmenbedingungen im Steuer-, Arbeits-, Sozialversicherungs- und Urheberrecht, die kulturelle Produktivität und Kreativität nachhaltig gewährleisten. Mehr Kulturförderung ist eine In-

vestition in die Zukunft. Mindestens ein Prozent des EU-Haushalts sollte für den Kulturaustausch zur Verfügung stehen.

Bildung für ein anderes Europa

Ein demokratisches Europa braucht gute und demokratische Bildungssysteme. DIE LINKE tritt für ein Umsteuern in der europäischen Bildungspolitik ein. Die schrittweise Privatisierung von Bildungseinrichtungen und das Herausbilden einer kleinen europäischen Bildungselite müssen gestoppt werden. Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware. Sie muss allen Menschen offen stehen – unabhängig von ihrer kulturellen und sozialen Herkunft.

Wir wehren uns dagegen, Bildung auf ihre Verwertbarkeit für den ökonomischen Profit zu reduzieren. Die EU hat in den vergangenen Jahren die „Beschäftigbarkeit“ der Absolventinnen und Absolventen in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik gestellt. Mit dem Ruf nach lebenslangem Lernen wurde vor allem die Aufforderung verknüpft, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Kenntnisse und Fähigkeiten möglichst flexibel dem sich wandelnden europäischen Arbeitsmarkt anpassen sollen.

DIE LINKE macht sich für eine andere Bildungspolitik stark. Bildung soll Menschen in die Lage versetzen, eigenständig ihren Lebensweg zu gestalten. Sie soll Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, um die Gesellschaft zu verändern und Fortschritt zu gestalten. Bildung ist eine wichtige Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und damit für die Gestaltung eines anderen Europas.

DIE LINKE tritt gegen Privatisierungen im Bildungsbereich ein. Public Private Partnerships in Schulen und Hochschulen öffnen Profitinteressen Tür und Tor und gefährden demokratische Mitbestimmung in den Bildungseinrichtungen. Die Dienstleistungsrichtlinie der EU erhöht den Privatisierungsdruck auf die sogenannten Bildungsdienstleistungen und wird von der LINKEN abgelehnt. Bildung ist ein öffentliches Gut und muss in öffentlicher Verantwortung gestaltet und solidarisch finanziert werden.

Mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen hat die EU im vergangenen Jahr ein Dach für die europäischen Bildungssysteme geschaffen. Durch die gemeinsame Definition von Qualifikationsniveaus soll die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Kompetenzen in Europa erleichtert werden. Doch dieser Rahmen ist schon jetzt reformbedürftig: Die Qualifikationsniveaus dürfen nicht nur an beruflichen, sondern müssen auch an personalen und gesellschaftlichen Dimensionen festgemacht werden. Denn Bildung ist mehr als eine Teilstrategie der Wirtschaftspolitik. Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung und Partizipation müssen Leitziele der allgemeinen und beruflichen Bildung sein.

Mit dem Kopenhagen-Prozess hat die EU eine intensive Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Berufsbildungspolitik auf den Weg gebracht. Dabei orientiert sie sich am Leitbild eines deregulierten Bildungsmarktes, auf dem sich jede und jeder aus verschiedenen Modulen die eigene Qualifikation zusammenbasteln muss. DIE LINKE setzt sich für ein grundlegendes Umsteuern dieser Politik ein. Wir streiten für ganzheitliche Berufsausbildungen, die jungen Menschen eine breite Basis für ihren Berufsweg geben und sie in die Lage versetzen, ihren Lebensweg eigenständig zu gestalten.

Der Bologna-Prozess zur Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Hochschulraumes muss auf eine neue, soziale Grundlage gestellt werden. Die EU darf nicht länger für Studiengebühren werben, sondern muss sich für die Umsetzung des UN-Sozialpakts stark machen: Dort steht das Recht auf Bildung im Mittelpunkt, und alle Unterzeichnerstaaten haben sich verpflichtet, Studiengebühren abzuschaffen.

Wir wollen, dass Lehrende und Lernende sich über die Landesgrenzen hinweg austauschen, international mobil sind und über den Tellerrand schauen. Damit sich nicht nur Jugendliche aus finanzstarken Elternhäusern während der Ausbildung einen Auslandsaufenthalt leisten können, müssen die Förderprogramme der EU ausgebaut und gerade für finanziell Schwächere attraktiver gemacht werden.

Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit für jede und jeden – Keine Festung Europa!

DIE LINKE tritt ein für die Gestaltung der EU als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“, in dem die Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewährleistet und die Menschen- und Bürgerrechte Maßstab staatlichen, polizeilichen und justiziellen Handelns sind. Garantierte und gesicherte Grundrechte für alle in der EU lebenden Menschen sind Voraussetzung für ihre Sicherheit.

DIE LINKE wendet sich dagegen, dass im Namen des "internationalen Kampfes gegen den Terrorismus" Freiheitsrechte der Einzelnen beschnitten und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt werden. Die Mitgliedstaaten der EU haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen – biometrisch aufbereitete Fotos, Fingerabdrücke, Vorratsdatenspeicherung, Datenweitergabe –, die wir grundsätzlich ablehnen. Das gilt im besonderen Maße auch für die "Prümer Beschlüsse" zur "Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität". Terror ist durch nichts zu rechtfertigen und muss entschieden bekämpft werden. Allerdings darf er nicht instrumentalisiert werden, um Menschen- und Bürgerrechte einzuschränken und Kriege zu legitimieren. Wir fordern die Aussetzung des "Vertrages von Prüm" und klare Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten sowie ein Verbot der Vorratsdatenspeicherung, des Datenhandels und -verkaufs.

Das gilt ebenso für das zwischen den USA und der EU im Juli 2007 ausgehandelte Abkommen zur Übermittlung von Fluggastdaten, für das wir Neuverhandlungen fordern. Wir lehnen die Aufnahme biometrischer Daten in Pässe bzw. Visa ebenso strikt ab wie die Einbeziehung "externer Dienstleister" bei Visaverfahren.

DIE LINKE lehnt die Umwandlung von Europol in eine Agentur der Europäischen Union ab. DIE LINKE setzt sich für die volle parlamentarische Kontrolle über Europol und Eurojust ein und wendet sich gegen operative Kompetenzen dieser Institutionen. Die zunehmende Zentralisierung von polizeilicher und justizieller Kompetenz und deren gegenseitige Anerkennung auf niedrigstem Niveau in der Innen- und Justizpolitik führen zur Absenkung rechtsstaatlicher Standards. DIE LINKE setzt dagegen auf eine Harmonisierung von rechtsstaatlichen Standards auf hohem Niveau. DIE LINKE fordert, dass dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung besonders gegenüber Europol und Eurojust umfassend Geltung verschafft wird.

DIE LINKE lehnt Bestrebungen der EU ab, das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten durch die Einrichtung eines Ständigen Ausschusses für die operative Zusammenarbeit auszuhebeln.

Die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft zeigt sich besonders an ihrem Umgang mit Migrantinnen und Migranten. Die EU schottet sich gegen Migrantinnen und Migranten sowie gegenüber Flüchtlingen ab. Ihre Asyl- und Migrationspolitik wird durch Repressionen gegenüber Flüchtlingen und durch die Verwertungsinteressen des Kapitals gegenüber Migrantinnen und Migranten bestimmt. Jahr für Jahr sterben Tausende Menschen auf der Suche nach Schutz vor Verfolgung, Armut, Naturkatastrophen und Kriegen an den hoch aufgerüsteten und streng bewachten Außengrenzen der EU, vor allem im Mittelmeer. Deshalb fordert DIE LINKE die Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX. Statt kostspieliger Grenzkontroll-, Überwachungs- und Datenerfassungssysteme zur Abwehr "illegaler" Migration fordert DIE LINKE eine humanitäre Flüchtlingspolitik sowie eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung als Ursachen von Flucht.

DIE LINKE lehnt die gegenwärtige gemeinschaftliche EU-Asyl und -Migrationspolitik ab. DIE LINKE verurteilt die gängige Praxis in der EU, zur Durchsetzung eines ungerechten Zuständigkeitsprinzips Asylsuchende gegen ihren Willen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten hin und her zu schieben (Dublin II-Verordnung). Die Freiheitsrechte von Asylsuchenden werden dadurch missachtet. Ein effektiver Zugang zu fairen Asylverfahren innerhalb der EU ist in jedem Fall zu gewährleisten.

Wer aufgrund von Kriegen, seiner ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung, wegen seines politischen Engagements oder seiner sexuellen Orientierung, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, wegen Klima- oder Umweltkatastrophen gezwungen ist zu fliehen, muss in der Europäischen Union Schutz und Aufnahme finden. Das gilt auch für besondere Fluchtgründe von Frauen, wenn diese aufgrund von Gewalt oder sexueller Kriegsgewalt und deren Folgen fliehen müssen oder weil ihnen Steinigung, Verfolgung, Folter oder Haft bevorstehen, wenn sie gesellschaftliche Normen überschritten haben oder weil ihnen Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung drohen. Familien dürfen nicht durch Behörden auseinander gerissen werden. Sammellager sind abzuschaffen. Wir fordern die umfassende Anerkennung geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung, Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität, Kriegsdienstverweigerung, Desertion als Asylgrund.

DIE LINKE tritt für europaweit einheitliche Standards zum Schutze von Kindern ein. Diese Standards müssen sich an der UN-Kinderrechtskonvention orientieren und dürfen nicht unter das Niveau der in ihr verfassten Rechte fallen. Darüber hinaus setzt sie sich für gesicherte Bleiberechte von Kindern und Jugendlichen ein. Menschen in Not brauchen Schutz und sichere Bleiberechte.

Das gemeinschaftliche EU-Einwanderungsrecht darf nicht das Interesse der Wirtschaft an billigen Arbeitskräften in den Mittelpunkt stellen. Deshalb lehnt DIE LINKE die neue "Gastarbeiterpolitik" in Form von "zirkulärer Migration" und Blue Card ab. DIE LINKE fordert die Ratifizierung der UN-Wanderarbeiter-Konvention durch alle EU-Mitgliedstaaten.

Der Kampf um ein soziales und solidarisches Europa ist auch ein Kampf für die soziale Integration von Migrantinnen und Migranten. In der EU werden sie zunehmend sozial ausgegrenzt und ihre Integration allein auf den Spracherwerb reduziert. DIE LINKE fordert eine soziale Integrationspolitik, mit der Migrantinnen und Migranten tatsächlich eine Teilhabe an und in der Gesellschaft ermöglicht wird. DIE LINKE fordert die erleichterte Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus Drittstaaten.

In der Europäischen Union leben etwa acht Millionen Menschen "ohne Papiere". DIE LINKE fordert volle und gleiche Rechte für sie, denn kein Mensch ist illegal. Die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus ist aus Sicht der LINKEN durchzusetzen und mit der Erteilung einer Arbeitserlaubnis zu verbinden. Hierfür muss ein einheitlicher EU-Rechtsrahmen geschaffen werden, damit Maßnahmen gegen unwürdige Lebensbedingungen von Migrantinnen und Migranten und die Bekämpfung von Menschenhandel effektiv in Angriff genommen werden können. Grundlegende Menschenrechte auf medizinische Versorgung, Schulbildung für Kinder und arbeitsrechtlichen Schutz sind unverzichtbar. Humanitäre Hilfe für Menschen ohne Papiere darf nicht bestraft werden.

Für DIE LINKE ist die gerade beschlossene EU-Abschieberichtlinie der falsche Weg. Diese hat zu Recht internationale Proteste ausgelöst und muss wieder aufgehoben werden. Abschiebegefängnisse sind zu schließen.

Die EU darf keine Festung sein, die Menschen in Not abweist!

III. Für eine zivile und global solidarische Europäische Union

Europa muss ein Kontinent des Friedens werden. Krieg, Gewalt und Militarisierung sind für uns nicht Mittel von Politik. Wir streben für die Europäische Union eine Strategie an, die Sicherheit für alle im umfassenden Sinn schafft. Das ist nur im Mit- und nicht im Gegeneinander möglich. DIE LINKE will eine friedliche Europäische Union, die das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen, insbesondere das Gewaltverbot, konsequent achtet und verteidigt.

Für friedliche, gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit und Dialog mit unseren Nachbarn

Die Politik der EU ist zunehmend auf die imperiale Durchsetzung von Kapitalinteressen ausgerichtet. Die gegenwärtige gemeinsame EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik orientiert auf militärische Angriffsfähigkeit der Europäischen Union und Aufrüstung. Und das nicht nur im Vertrag von Lissabon, sondern in einer Reihe schon geltender vertraglicher Regelungen. Deshalb wollen und müssen wir gemeinsam mit allen Friedenskräften die begonnene Militarisierung der Europäischen Union stoppen und stattdessen eine Politik umfassender ziviler Prävention, eine wirkliche Sicherheitspolitik, eine Politik der gemeinsamen solidarischen Entwicklung begründen und damit Konfliktursachen entgegnen.

Abrüstung und Rüstungskonversion müssen auf die Agenda europäischer Politik. Anstelle der Aufrüstungsverpflichtung im Vertrag von Lissabon fordern wir, die sogenannte Europäische Verteidigungsagentur durch eine Abrüstungsagentur zu ersetzen. Wir wenden uns gegen die US-Raketenstationierungen in Europa und eine weitere Ausdehnung der NATO. Militärische Auslandseinsätze im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sind zu beenden. DIE LINKE fordert zudem, EU-Auslandseinsätze einzustellen, wie die Entsendung von Militärberatern zur Unterstützung autoritärer Regimes.

DIE LINKE will einen europäischen Abrüstungspakt, der zur wirksamen Abrüstung verpflichtet. Dieser muss die Mitgliedstaaten der EU und alle europäischen Länder zu aktiven Schritten hin zu einer atomwaffenfreien Welt auffordern und die Bekräftigung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen enthalten. Wir unterstützen das Verbot der Produktion, der Lagerung und des Exports von Landminen und Streumunition (Ottawa-Konvention) sowie der Entwicklung neuer Minensysteme. Rüstungsexporte sind grundsätzlich zu verbieten, Rüstungsproduktion ist abzuschaffen.

DIE LINKE bekräftigt ihre Opposition gegen alle Militärblöcke. Die Konflikte auf dem europäischen Kontinent zeigen die Notwendigkeit der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa. Dieses ist ohne Russland nicht zu verwirklichen.

Ziel der LINKEN ist die Auflösung der NATO. EU-Interventionsstreitkräfte und EU-Battle-Groups müssen ebenso aufgelöst werden. Die Zusammenarbeit und Verquickung von NATO und EU sind zu beenden. Wir fordern die Schließung aller US-Militärbasen in den EU-Staaten. Mehr denn je muss Sicherheit in Europa auf den Prinzipien Abrüstung, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und politische und zivile Konfliktlösung im Rahmen der OSZE, im Einklang mit dem Völkerrecht und einem demokratisierten UN-System basieren. Die Europäische Union muss sich hier engagieren und eine enge, diskriminierungsfreie Partnerschaft mit ihren europäischen Nachbarstaaten entwickeln. Das verlangt Verständnis für die Probleme und Respekt vor den Interessen aller, sofern es sich nicht um aggressive Nationalisten und um Neofaschisten handelt.

Es ist im Interesse der Menschen in allen Nachfolgestaaten Jugoslawiens und in der Europäischen Union, dass die EU wirksam hilft, auf dem Balkan eine intensive regionale Kooperation zu entwickeln. Das gilt auch und insbesondere für das Kosovo, wo EU-Mitgliedstaaten 1999 am völkerrechtswidrigen Krieg und anschließend an der Verwaltung durch die Vereinten Nationen beteiligt waren. Die soziale Lage im Kosovo ist – vor allem für die Jugend – weiterhin katastrophal. Nach zehn Jahren UNO-Protectorat und EU-Engagement sind Korruption und Kriminalität, Diskriminierung und Gewalt gegen die nicht-albanischen Minderheiten an der Tagesordnung. Die völkerrechtswidrige, von der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten massiv beförderte Abspaltung und Anerkennung des Kosovo hat keines seiner Probleme gelöst. Im Gegenteil: Es wurde ein

gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, der weltweit zur Missachtung der grundlegenden Regeln des Völkerrechts führen kann. Dies zeigte sich auch 2008 in der Kaukasus-Krise. Umso wichtiger wäre eine Politik der EU, die international auf Vertrauen und Frieden, auf Kooperation statt Konfrontation und auf strikte Einhaltung des Völkerrechts und den Ausbau der globalen Institutionen setzt.

Deshalb bedarf auch die EU-Politik gegenüber ihren osteuropäischen Nachbarn Russland, Belarus, der Ukraine und der Republik Moldau dringend der Erneuerung. Statt eigennützige Interessenpolitik zu betreiben, sollte die EU die Interessen und Besonderheiten ihrer Nachbarländer berücksichtigen, sowie auf Dialog, gleichberechtigte Zusammenarbeit und diskriminierungsfreie Partnerschaft setzen. Aggressive Großmachtspolitik, der Einsatz von Militär zur Lösung von Konflikten, Handelsboykott, die Unterbrechung von Energielieferungen haben in nachbarschaftlichen Beziehungen nichts zu suchen. Die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaften in Ost- und Westeuropa ist auszubauen.

Wir kritisieren die inkonsequente Menschenrechtspolitik der EU. DIE LINKE wendet sich entschieden gegen alle Bestrebungen, die Forderung nach Gültigkeit der Menschenrechte als Vorwand zu nutzen, um weltweit kapitalistische Verhältnisse zu erzwingen, multinationalen Konzernen den Zugang zu Rohstoffen und Energiequellen zu sichern oder völkerrechtswidrige Kriege gegen missliebige Staaten zu legitimieren. Menschenrechte haben eine soziale und zivile – keine militärische – Logik. Gerade angesichts des Angriffskrieges der NATO gegen Jugoslawien 1999, der militärischen Intervention in Afghanistan 2001 und des seit 2003 im Irak andauernden Krieges der USA und ihrer Verbündeten, hält es DIE LINKE für erforderlich, auf die Folgen der Instrumentalisierung von Menschenrechten hinzuweisen. Dies untergräbt nicht nur die Glaubwürdigkeit jeder Menschenrechtspolitik, sondern bedeutet auch einen gravierenden Bruch des Völkerrechts.

Mehrheitlich Frauen und Kinder sind Opfer der Kriege des neuen Jahrtausends, die, so zynisch es ist, hierzulande ausgerechnet als Kriege zur Frauenbefreiung verkauft werden. DIE LINKE macht sich stark für einen Aktionsplan der EU und nationale Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Resolution 1325, die eine maßgebliche Beteiligung von Frauen in entscheidenden Positionen an der Vermeidung und Lösung von bewaffneten Konflikten und an der politischen und sozialen Neugestaltung in Nachkriegszeiten verlangt.

Es gibt keine „humanitären“ Militärinterventionen. DIE LINKE lehnt daher alle Kriegseinsätze, auch mit UN-Mandat, ab. Kriege sind immer inhuman und die gravierendste Menschenrechtsverletzung. Auch wenn es um Rohstoffe und Transitwege geht, werden Demokratie und Menschenrechte klein geschrieben. Das wird an der Entwicklung der Beziehungen zu den rohstoffreichen zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisien und Tadschikistan deutlich, die an die Krisenregionen Iran und Afghanistan grenzen. Gleiches gilt für Armenien, Aserbaidschan und Georgien, die nach dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens näher an die Grenzen der Europäischen Union gerückt sind.

Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Sie ist der Schlüssel, um Frieden und Sicherheit im Nahen Osten zu erreichen. Wir brauchen die aktive Beteiligung aller politischen Kräfte und der Zivilgesellschaften in den beteiligten Ländern. In einem demokratischen und transparenten Prozess muss die Kluft zwischen den nördlichen und südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres überwunden werden. Das ist die einzige Möglichkeit zu verhindern, dass das ambitionierte politische Projekt der Mittelmeer-Union zu einer Struktur politischer Ungleichheit missrät.

Ein Mittelmeerraum, in dem ein stabiler, dauerhafter Frieden herrscht, ist undenkbar ohne die Lösung des Nahostkonflikts. Die entscheidende Voraussetzung dafür besteht in der Anerkennung und Durchsetzung des Rechts des palästinensischen Volkes auf einen unabhängigen, lebensfähigen Staat an der Seite des Staates Israel, die beide mit gleichen Rechten in einem friedlichen Umfeld zusammenleben. DIE LINKE wird tun, was in ihren Kräften steht, um die EU und ihre Mitgliedstaaten zu konsequentem Handeln in dieser Richtung zu drängen. Mehr noch: Europa muss sich vom US-Plan des „Greater Middle East“ lösen und sich selbst aktiv für ein Ende der militärischen Besatzung in den palästinensischen Gebieten, für die Beseitigung der

„Mauer“ entsprechend dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs und für die strikte Erfüllung aller entsprechenden Resolutionen der UNO einsetzen. Die EU muss mehr politische Schritte unternehmen, um die Unterstützung der arabischen Staaten der Region einzufordern und die sich entwickelnden Zivilgesellschaften zu einer stärkeren Beteiligung an der Konfliktlösung anzuregen.

DIE LINKE lehnt die Konfrontationspolitik der USA und der EU gegenüber Iran ab, besonders hinsichtlich der Lösung des Konflikts um die Nutzung der Atomenergie, und fordert strikt politische Verhandlungen. DIE LINKE bringt ihre Solidarität mit den friedlichen politischen und sozialen Kräften zum Ausdruck, die für eine konsequente Durchsetzung und Gewährleistung der Menschenrechte im Iran eintreten.

DIE LINKE bekräftigt ihren Einsatz für die Sicherheit und Zusammenarbeit aller Staaten im Mittelmeerraum und im Nahen Osten, einschließlich des Selbstbestimmungsrechts des Volkes der Westsahara auf der Grundlage der UNO-Resolutionen Nr. 1754 und 1783.

Die Türkei muss die politischen und Menschenrechte aller Einwohnerinnen und Einwohner, darunter aller Minderheiten, achten und rechtsverbindlich garantieren. Soziale und rechtliche Reformen sind durchzuführen, um für alle Bürger kurdischer Nationalität einen demokratischen und friedlichen Weg zu bahnen. Das wird auch zu einer politischen Lösung für die Kurden in anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens beitragen.

Die beträchtliche Bewegung und die atmosphärische Veränderung, die seit der Wahl von Dimitris Christofias zum Präsidenten der Republik Zypern in der Zypernfrage eingetreten sind, lassen auf Fortschritte bei den Bemühungen um eine Wiedervereinigung auf der Insel hoffen. Ergebnis der offiziellen Verhandlungen zwischen den Führern der beiden Gemeinschaften unter Schirmherrschaft der UNO sollte eine politisch gleichberechtigte, bi-zonale und bi-kommunale, föderale Lösung auf der Grundlage der Vereinbarungen auf höchster Ebene sowie des internationalen und europäischen Rechts sein, wie sie in den entsprechenden UNO-Resolutionen niedergelegt ist. Teil dieser Lösung ist ein Abzug der türkischen Besatzungstruppen aus Zypern.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, alle politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben der Völker und Staaten Europas zu schaffen. Europa braucht einen Wirtschafts- und Sozialraum, der kein europäisches Land ausklammert, der auf einem System der verschiedenen bi- und multilateralen Abkommen beruht.

DIE LINKE ist für die Fortsetzung der EU-Erweiterung und für eine stabile gesamteuropäische Struktur, um die noch bestehenden politischen und ökonomischen Trennlinien zu überwinden. Für sie sind eine demokratische Regierungsform, die Gewährleistung und Durchsetzung der Menschenrechte für jedermann im Alltag, die Achtung und der Schutz von Minderheiten und Rechtsstaatlichkeit wichtige Bedingungen für Verhandlungen mit Ländern, die sich um eine EU-Mitgliedschaft bewerben. Auch die EU selbst muss die politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Voraussetzungen für künftige Erweiterungsschritte schaffen.

DIE LINKE fordert die konsequente Anwendung der neuen EU-Nachbarschaftspolitik auf gleichberechtigter Grundlage, insbesondere gegenüber den Staaten der GUS und des Westbalkans.

Der Abzug der NATO-Truppen und der US-geführten westlichen Allianz aus dem Irak und aus Afghanistan sind notwendige Schritte für eine Beendigung der beiden Kriege. Die EU ist gefordert, wenn es darum geht, die Bürgerinnen und Bürger Afghanistans und des Irak auf ihrem Weg zu einem friedlichen Leben in Würde zu unterstützen. Eine EU, die ihrer Verantwortung gerecht wird, setzt auf den politischen und diplomatischen Dialog, auf finanzielle, wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und auf die gezielte Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft.

Verantwortungsvolle EU-Politik schließt auch die Pflege von normalen, gleichberechtigten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den einen eigenständigen Entwicklungsweg suchenden lateinamerikanischen Ländern wie Venezuela, Bolivien, Ecuador und Paraguay ein. Insbesondere fordert DIE LINKE die Aufhebung der US-

Blockade gegen Kuba und eine aktive Politik der Europäischen Union zur Normalisierung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen.

Globale Probleme solidarisch und gemeinsam lösen

Die Menschen im Süden sind die größten Verlierer der Weltwirtschaftskrise. Sie haben bereits in den vergangenen Jahrzehnten unter der Entfesselung der Marktkräfte gelitten. Der Klimawandel vernichtet bereits heute Lebensgrundlagen für Millionen Menschen im Süden. Eine Milliarde Menschen hungert im Süden, weil die Struktur des Welthandels sie in eine tödliche Abhängigkeit getrieben hat. Agrarkonzerne kontrollieren, wer wann was zu welchem Preis zu essen bekommt.

DIE LINKE fordert eine solidarische Entwicklungs-, Außen- und Handelspolitik. Damit einher geht das aktive Engagement für die Erfüllung der Millennium-Entwicklungsziele der UNO, die insbesondere vorsehen, bis 2015 Armut, Hunger, Nahrungs- und Trinkwassermangel, Seuchen und Krankheiten wie Aids/HIV, Malaria, Tuberkulose sowie die Mütter- und Säuglingssterblichkeit, Unterentwicklung und Analphabetismus drastisch zu reduzieren.

Der Missbrauch von Entwicklungszusammenarbeit als Fortsetzung von Kolonialbeziehungen, als Außenwirtschaftsförderung für europäische Unternehmen oder als geostrategisches Instrument, muss beendet werden. DIE LINKE verwahrt sich gegen die Verwendung von Mitteln aus dem Europäischen Entwicklungsfonds für die Unterstützung militärischer Missionen.

DIE LINKE setzt sich für das Menschenrecht auf Nahrung weltweit ein. Oberste Priorität muss die Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens haben. Das heißt in erster Linie: Unterstützung der ländlichen Entwicklung und Schutz der Produzentinnen und Produzenten im Süden vor dem Nahrungsmittel-Dumping, das die Importfluten aus der EU auslösen. Ein Instrument dafür wäre der Aufbau eines Systems von Preisgarantien für Bäuerinnen und Bauern, um die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zu fördern und die Produzenten vor der Konkurrenz durch Nahrungsmittel-Dumping aus Europa, Asien und Amerika zu schützen. DIE LINKE fordert: Schluss mit den Agrarexportbeihilfen der EU. Die erst kürzlich erlassenen neuen Beihilfen für den Export von Schweinefleisch und Milch sind sofort zurückzunehmen.

Die Europäische Union trägt mit ihrer Rohstoffpolitik dazu bei, armen Ländern einen wirtschaftlichen Aufstieg zu erschweren. Diese Länder sollten nicht länger nur Lieferanten billiger Rohstoffe sein, sondern die EU sollte sie dabei unterstützen, verarbeitende Industrien aufzubauen und sie befähigen, am internationalen Handel gleichberechtigt teilzunehmen.

DIE LINKE tritt für eine Beteiligung indigener Gruppen und lokaler Gemeinschaften an sie betreffenden Entscheidungsprozessen, um eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen. DIE LINKE fordert die umfassende Entschuldung armer Länder sowie konkrete Schritte der EU, um die von ihr 2006 bestätigte Forderung nach einer Quote von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe endlich umzusetzen.

Eine radikale Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ist Voraussetzung einer friedlichen Energieaußenpolitik. Die militärische Sicherung von Rohstoffen, eine „Energie-NATO“ sowie einseitige Energiesicherungsklauseln lehnen wir ab. Eine stabile Energieversorgung Europas beruht auf der langfristigen Kooperation mit Russland. Die Nabucco-Pipeline und die Energiecharta sind nicht geeignet, eine stabile Energiepartnerschaft mit Russland zu begründen. Sie spalten Europa. DIE LINKE fordert dagegen einen Energiedialog unter dem Dach der UNO oder der OSZE.

Für eine verantwortungsvolle Handelspolitik

Mit ihrer Außenhandelsstrategie "Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt" („Global Europe“) zielt die EU darauf, europäischen Unternehmen weltweiten Marktzugang zu eröffnen und ihre Weltmarkt- und Profitanteile zu mehren. Die eigene Versorgung mit Energie und anderen Ressourcen sowie die eigenen wirtschaftlichen Interessen bestimmen die europäische Außenwirtschaftspolitik. Statt auf faire Handels- und Entwicklungspartnerschaften und auf multilaterale Übereinkünfte setzt die EU auf einen Mix von multilateralen, bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen.

Bei den Verhandlungen mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) tritt die neoliberale und neokoloniale Ideologie besonders deutlich zutage. Dort und in den Verhandlungen mit anderen Staatengruppen des Südens übt die EU großen politischen und wirtschaftlichen Druck aus, um ihren Konzernen den Zugang zu den Waren-, Agrar-, Dienstleistungs- und öffentlichen Beschaffungsmärkten zu verschaffen. Zwar bekennen sich EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen öffentlichkeitswirksam zu den Millennium-Entwicklungszielen, ihre aggressive Außenwirtschaftspolitik läuft diesen Zielen jedoch entgegen.

Notwendig ist eine zusammenhängende Ausgestaltung der europäischen Außen-, Handels-, Entwicklungs-, Wirtschafts- und Klimaschutzpolitiken. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Europäischen Union sind daran zu messen, inwiefern sie die Lösung von globalen sozialen und ökologischen Problemen befördern. Die Entwicklungsinteressen der wirtschaftlich schwächeren Länder müssen gegenüber den europäischen Investoreninteressen geschützt werden. DIE LINKE fordert außerdem: Jede Volkswirtschaft muss das Recht haben, ihre Produzentinnen und Produzenten durch Zölle oder gesetzliche Maßnahmen zu schützen, damit sich die Industrie und Landwirtschaft entwickeln können. DIE LINKE lehnt deshalb Freihandelsabkommen der EU mit den Staaten des Südens ab. Sie fordert den Stopp der EPA-Verhandlungen unter dem neoliberalen Verhandlungsmandat und eine Neuorientierung der Verhandlungsziele auf solidarische, entwicklungspolitisch orientierte Abkommen.

In Verträge sind Entwicklungsklauseln aufzunehmen, deren Umsetzung kontrolliert wird. Die Unternehmen, vor allem die Kreditnehmer der Europäischen Investitionsbank, sollen ihre Geschäftspraktiken offen legen. DIE LINKE fordert, soziale, ökologische, entwicklungspolitische und geschlechtsspezifische Standards in allen außenwirtschaftlichen Aktivitäten festzulegen. Wir fordern die EU auf, Regeln und Sanktionsmöglichkeiten für den Handel mit „Konfliktressourcen“ festzulegen, um Raubbau und Konflikte um strategische Ressourcen zu verhindern.

Die Begünstigung der ärmsten Länder im Handel ist notwendig. Längerfristig sollte die Europäische Union ausgeglichene Leistungsbilanzen und ein Wechselkurssystem anstreben, das hierbei förderlich ist. Die vorhandenen Handelspräferenzsysteme, die bestimmten Ländern für bestimmte Waren zollfreien Zugang zu europäischen Märkten gestatten, müssen auf ihre Entwicklungseffekte überprüft und entsprechend den entwicklungspolitischen Zielsetzungen angepasst werden. Ebenfalls erforderlich sind gezielte Hilfen, um Menschen- und ArbeitnehmerInnenrechte sowie soziale und ökologische Standards anzuheben. Handelsvergünstigungen sowie Wissens- und Technologietransfers der EU könnten hier ein Anreiz sein.

Wir fordern die EU auf, sich in der Welthandelsorganisation (WTO) dafür einzusetzen, dass öffentliche Dienstleistungen beziehungsweise Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge keinen Liberalisierungszwängen unterworfen werden. Ebenso fordern wir, dass sie sich dafür einsetzt, das TRIPS-Abkommen über handelsbezogene Aspekte der geistigen Eigentumsrechte aus dem WTO-System herauszunehmen und hinsichtlich der Problemfelder Technologietransfer, Landwirtschaft, Gesundheit und Biodiversität einer Revision zu unterziehen. Das bisherige Abkommen privatisiert gesellschaftliches Wissen bei den Konzernen und unterstützt die direkten und kurzfristigen Verwertungsinteressen derselben. Öffentliche Interessen, wie die Erforschung von Arzneimitteln für weniger zahlungsfähige Kranke und die Entwicklungsperspektiven der Entwicklungs- und Schwellenländer, fallen dem zum Opfer.

Die EU muss darauf dringen, dass Maßnahmen zum Schutz des Wissens als öffentliches Gut getroffen und sowohl die öffentliche Forschung als auch die freie Verwendung der Forschungsergebnisse gestärkt werden, dass verstärkt alternative Anreizmechanismen für die Forschung und Entwicklung von Arzneimitteln für vernachlässigte Krankheiten entwickelt und gefördert werden und dass Saatgut, Lebewesen und Pflanzen von Patentierungen ausgeschlossen werden. Insgesamt ist das TRIPS-Abkommen ebenso wie alle anderen Handels- und Wirtschaftsabkommen mit den Verpflichtungen zur Einhaltung der Menschenrechte, den ILO-Kernarbeitsnormen und den internationalen Sozial- und Umweltabkommen in Einklang zu bringen. Besonderer Handlungsbedarf besteht hinsichtlich des Sonderausschusses zu Handelsfragen (133er-Ausschuss), in dem Lobbyisten über die EU-Handelspolitik und damit auch über die Entwicklungschancen von Millionen von Menschen in den Ländern des Südens mitbestimmen. DIE LINKE fordert die Ersetzung dieses Gremiums durch eine transparente und demokratische Struktur.

IV. LINKS wirkt

LINKE Abgeordnete im Europäischen Parlament

Trotz neoliberaler Mehrheit setzten die Abgeordneten der GUE/NGL-Fraktion, unter ihnen die Vertreter der Partei DIE LINKE, in den vergangenen fünf Jahren wichtige politische Akzente im Europäischen Parlament. In den Auseinandersetzungen um die Verteidigung europäischer Arbeitszeitstandards, des Normalarbeitsverhältnisses oder der Rechte europäischer Betriebsräte haben linke Abgeordnete konsequent die Interessen der Beschäftigten vertreten. Sie forderten konkrete Maßnahmen der EU und der Mitgliedsländer gegen Armut, vor allem Kinderarmut, gegen soziale Ausgrenzung und Diskriminierung. Sie kritisierten menschenunwürdige Bedingungen in den Aufnahmelagern und an den EU-Außengrenzen und verlangten deren Beseitigung.

DIE LINKE machte sich dafür stark, dass die Europäische Kommission künftig verpflichtet ist, auf europäische Bürgerinitiativen zu reagieren. Sie engagierte sich gegen Privatisierung und Liberalisierung – die ursprünglichen Vorschläge der Kommission zur Privatisierung des öffentlichen Personennahverkehrs und zur Liberalisierung von Hafendienstleistungen konnten zu Fall gebracht werden. Unsere Europaabgeordneten standen an der Seite der portugiesischen Fischer, der streikenden Bergarbeiter im Katowicer Revier, der Rotterdamer Hafearbeiter, der Autobauer in Wolfsburg und im rumänischen Cluj. Sie beteiligten sich am friedlichen Widerstand gegen die G8-Treffen und unterstützten in Tschechien den Kampf gegen den amerikanischen Raketenschild.

Gemeinsam mit der Partei der Europäischen Linken, Abgeordneten der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament, Aktivistinnen und Aktivisten politischer und sozialer Organisationen, werden wir weiter für ein friedliches, demokratisches und solidarisches Europa kämpfen. Eine solche Neuausrichtung der EU wird nicht allein aus dem Parlament erzwungen. Vielmehr wissen wir: Ohne die wirksame außerparlamentarische Organisation von Gegenmacht sind sowohl die Demokratisierung der Institutionen als auch die Demokratisierung von Wirtschaftsmacht in der EU nicht zu erreichen. Aus diesem Grunde wollen wir eine europaweite Vernetzung der außerparlamentarischen politischen Netzwerke und Projekte in allen Sachgebieten nach Kräften fördern.

Den Prozess der Europäischen Sozialforen wollen wir unterstützen, ohne ihn zu vereinnahmen. Wir beobachten die europaweiten Initiativen und Bildungsanstrengungen von ATTAC mit Sympathie. Die Delegation der LINKEN im Europaparlament wird sich dafür einsetzen, dass die gemeinsame Fraktion der Linken im nächsten Europaparlament eine Kontaktstelle für die Vernetzung und Kommunikation mit außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen einrichtet. Auch dadurch können wir mit einer gestärkten europäischen Linken im Europaparlament Wesentliches zu dem notwendigen Wandel beitragen.

Mehr Stimmen für DIE LINKE bei den Europawahlen 2009 tragen gleichzeitig zur Stärkung der "Gemeinsamen Fraktion der Linken" im Europaparlament bei. Wir wollen dort die Zusammenarbeit mit vielen linken, sozialistischen, kommunistischen und mit den links-grünen Parteien der skandinavischen und nordeuropäischen EU-Mitgliedstaaten fortsetzen.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament können Bürgerinnen und Bürger der marktradikalen Ausrichtung der Europäischen Union eine klare Absage erteilen und zugleich einer friedensstiftenden Rolle der EU in der Welt ihre Stimme geben. Es ist ein Votum für die großen Chancen der europäischen Integration. Damit würde es möglich, den überfälligen Kurswechsel einzuleiten – hin zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen Europäischen Union, die als zivile und solidarische Kraft ihren Beitrag zur Neugestaltung der internationalen Beziehungen leistet.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein friedliches, demokratisches, soziales, solidarisches und ökologisches Europa.

Jede Stimme für DIE LINKE in Deutschland macht die Kritik an der heutigen EU, den Protest gegen die herrschende Politik hörbarer.

Jede Stimme für DIE LINKE in Deutschland stärkt die gesellschaftspolitischen Alternativen, die über den Kapitalismus hinaus zu einem demokratischen Sozialismus weisen, und unterstützt die europäischen Kämpfe gegen die herrschende Politik.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für eine starke "Gemeinsame Fraktion der Linken" im Europaparlament.